

Stand: 07.06.2026 11:04:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13609

"Haushaltsplan 2017/2018; hier: Beschaffung von Großgeräten (Kap. 15 05 Tit. 812 02)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13609 vom 18.10.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14632 des HA vom 27.10.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 15)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer, Peter Winter, Oliver Jörg, Martin Bachhuber, Robert Brannekämper, Petra Dettenhöfer, Alex Dorow, Wolfgang Fackler, Dr. Thomas Goppel, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Harald Kühn, Helmut Radlmeier, Heinrich Rudrof, Andreas Schalk, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter, Mechthilde Wittmann CSU**

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Beschaffung von Großgeräten
(Kap. 15 05 Tit. 812 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 15 05 Tit. 812 02 wird der Ansatz für das Jahr 2017 um 50,0 Tsd. Euro von 125,0 Tsd. Euro auf 175,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Die Hochschule für Film und Fernsehen soll mit den Mitteln dringend benötigte Großgeräte beschaffen können.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14632 des HA vom 27.10.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hans Herold

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Martin Güll

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Dr. Thomas Goppel

Abg. Verena Osgyan

Abg. Karl Freller

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Oliver Jörg

Abg. Harald Güller

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 8 und 9** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13589 und 17/13590)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13457 mit 17/13472)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13359 mit 17/13380)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13517 mit 17/13532)

und

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13606 mit 17/13620)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13473 mit 17/13495)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13538 mit 17/13563)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13592 mit 17/13594 und 17/13596 mit 17/13598)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden beschlossen. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 29 Minuten, auf die Fraktion der SPD 23 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 19,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 29 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich nun die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13487 – das betrifft den Einzelplan 15 – namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Reihen sind nach der Mittagspause noch etwas schwach besetzt. Die Bildungspolitiker sind aber anwesend. Zu Gast sind viele Schülerinnen und Schüler von der Realschule in Ochsenfurt.

Aus großer Überzeugung sage ich: Bayern ist das Bildungsland Nummer eins in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Dies hat auch Gründe. Ein Grund ist, dass wir in Bayern ein sehr kompetentes Lehrpersonal haben. Deswegen sage ich gleich zu Beginn meiner Rede allen Lehrkräften an unseren Schulen in Bayern ein herzliches Dankeschön für ihre großartige Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt natürlich auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Schulen in Bayern. Ein besonderes Dankeschön geht auch an unsere tüchtigen Schulsekretärinnen. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern hat unser Bayerischer Ministerpräsident Horst Seehofer richtigerweise gesagt: Bildung ist das Tor zum Leben. Ich kann dies nur unterstreichen. Bildung ist wie schon in den letzten Doppelhaushalten erneut der herausragende Schwerpunkt des Doppelhaushalts für die Jahre 2017 und 2018. Als Gesamtvolumen sind im Einzelplan 05 für Bildung und Kultus ca. 24,5 Milliarden Euro für die beiden Haushaltsjahre 2017 und 2018 eingeplant. Das heißt, dass wir erstmals die Grenze von 12 Milliarden Euro pro Jahr überschreiten. Dies ist gegenüber dem Doppelhaushalt 2015/2016 eine Steigerung um knapp 2 Milliarden Euro oder 8 %. In der letzten Wahlperiode war ich in meiner Fraktion Berichterstatter für den Einzelplan 05. Heute vertrete ich meine Kollegin Reserl Sem, die leider erkrankt ist. Damals, im Jahr 2010, hatten wir im Einzelplan 05 9,4 Milliarden Euro. Heute haben wir, wie ich soeben erwähnt habe, mehr als 12 Milliarden Euro. Das zeigt sehr deutlich, dass die Bildung bei uns eine ganz große Priorität hat.

In aller Kürze möchte ich ein paar zentrale Schwerpunkte hervorheben. Der Einzelplan 05 ist naturgemäß sehr personalintensiv; denn gute Bildung fußt im Wesentlichen auf der Qualität der Lehrkräfte. Ich habe ihnen für ihre gute und wichtige Arbeit, die an unseren bayerischen Schulen geleistet wird, schon meinen Dank ausgesprochen. Mit großer Überzeugung sage ich aber auch, dass wir noch nie so viele Lehrkräfte im bayerischen Schulsystem hatten wie jetzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 14. Nennen Sie mir ein anderes Land in Deutschland, das diese positiven Zahlen aufweisen kann.

Ich möchte auch ein Wort zu dem wichtigen Thema demografische Rendite sagen. Sie wissen, die CSU-Fraktion hat im Jahr 2014 beschlossen, dass Lehrerstellen, die aufgrund eines weiteren Schülerrückgangs wegfallen würden, die sogenannte demografische Rendite, während der gesamten laufenden Legislaturperiode im Schulsystem verbleiben. Diese Stellen sollen insbesondere für den weiteren Ausbau der Ganztagschule – Stichwort: Ganztagsgarantie des Bayerischen Ministerpräsidenten; dafür sehen wir immerhin 526 Millionen Euro vor – und für die Stärkung kleiner Grundschulstandorte verwendet werden. Ich bin unserer Staatsregierung, aber auch meiner Fraktion, der Mehrheitsfraktion, sehr dankbar dafür, dass wir eine Grundschulgarantie ausgesprochen haben. Ich komme aus dem ländlichen Raum und bin daher besonders froh darüber, dass wir die im ländlichen Raum so wichtigen Grundschulen erhalten können.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich werden auch viele Mittel im Bereich der Inklusion eingesetzt. Für den Doppelhaushalt 2017/2018 bedeutet dies konkret, dass die demografische Rendite im Umfang von immerhin 1.243 Stellen in den Jahren 2017 und 2018 vollständig im Schulbereich verbleibt. Ich wiederhole: Sie verbleibt vollständig im Schulbereich.

Die in Fortführung des Nachtragshaushalts für die Jahre 2017 und 2018 neu eingestellten Mittel und Planstellen sind auch für die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wichtig. Ich sage mit Stolz, dass auch im Bereich der Beschulung von Flüchtlingen kein anderes Bundesland so viel leistet wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern hielten sich Mitte 2016 circa 60.000 Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund im schul- bzw. berufsschulpflichtigen Alter auf.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau! Dank der CSU?)

Ich sage auch mit großer Überzeugung – Herr Pfaffmann, ich weiß, Sie hören das nicht gern –: Die gelingende Integration dieser Kinder setzt eine passgenaue Beschulung – sprich: das Erlernen der Sprache und das Kennenlernen des Wertefundaments unserer Gesellschaft – voraus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn es so wäre, wären wir froh!)

Wir haben, was dies angeht, in den kommenden Jahren eine gigantische Herausforderung vor uns. Diese bezieht sich auf den gesamten Freistaat, aber vor allem auf die Lehrkräfte vor Ort. Bereits im Nachtragshaushalt 2016 hatten Staatsregierung und CSU-Fraktion die Weichen entsprechend gestellt und rund 160,7 Millionen Euro bereitgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Tosender Applaus bei der CSU! – Zuruf von der CSU: Da sollten auch Sie klatschen, Herr Pfaffmann!)

Sie alle, insbesondere die Haushalts- und die Bildungspolitiker, können sich wahrscheinlich noch an die Beratungen über den Nachtragshaushalt für das Jahr 2016 erinnern. Die 1.079 zusätzlichen Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer möchte ich besonders hervorheben. Angesichts der großen Herausforderungen haben wir beschlossen, insgesamt 5.400 neue Stellen zu schaffen. Ein erheblicher Anteil ist – natürlich – für den Bereich innere Sicherheit vorgesehen. Aber auch die Bereiche Integration und Bildung profitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all diese Stellen sind notwendig, damit wir die großen Herausforderungen weiterhin bewältigen können. Ich habe vor einiger Zeit eine Grundschule und eine Berufsschule besucht. Dort konnte ich auch persönlich sehen, welche gute Arbeit dort geleistet wird.

Abschließend noch ein Wort zu dem Thema Verwaltungsangestellte. Dieses ist für die Mehrheitsfraktion, die Fraktion der CSU, eine sehr wichtige Angelegenheit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt doch unsere Änderungsanträge dazu abgelehnt!)

Die Sekretärinnen an den Schulen bilden deren Rückgrat – das habe ich schon deutlich erwähnt – und stellen den reibungslosen Ablauf des Schultags sicher.

(Margit Wild (SPD): Aber die sind häufig gar nicht da! Die Schulleiter müssen deren Aufgaben übernehmen!)

Ich bin sehr froh darüber, dass sich unsere Fraktion dafür ausgesprochen hat, weitere 100 Stellen für Verwaltungsangestellte vorzusehen. Das ist ein sehr wichtiger Beschluss.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Warum habt Ihr unsere Änderungsanträge abgelehnt? Bekommen wir darauf noch eine Antwort?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen noch ein Beispiel nennen, um zu verdeutlichen, wie gut unser bayerisches Schulsystem funktioniert. Es ist ein Beispiel aus meiner Familie. Meine Nichte hat von dem Projekt, das das Kultusministerium unter dem Titel "Kein Abschluss ohne Anschluss" initiiert hat, erheblich profitiert. Diese junge Frau hat nicht einen Tag lang ein Gymnasium besucht. Sie besuchte zunächst die Grundschule und die Hauptschule, absolvierte dann eine Ausbildung und holte an der BOS das Abitur nach. Anschließend studierte sie Medizin. Heute ist sie Ärztin an einem Krankenhaus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schon an diesem einen Beispiel sehen Sie sehr gut, wie durchlässig das Schulsystem in Bayern ist. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Strobl.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Und: Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Büros und in der Gaststätte!

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kollege Hans Herold hat vorhin darauf hingewiesen, dass wir in Bayern noch nie so viele Lehrer wie heute hatten. Diese Information muss aber ergänzt werden: Unsere Lehrer hatten nämlich noch nie so viele – auch nicht so viele neue – Aufgaben zu erfüllen wie heute. Deshalb brauchen wir so viele Lehrkräfte. Wenn ich es richtig sehe, sitzt auf der Besuchertribüne die Frau Präsidentin des BLLV. Recht herzlich willkommen! Sie verfolgen die heutige Debatte mit großem Interesse.

Verschiedene Entwicklungen in unserer Gesellschaft verdeutlichen die Notwendigkeit, in unserem Schulsystem einiges zu reformieren. Wir brauchen nur an den demografischen Wandel zu denken, der sich zugegebenermaßen in den Regionen unterschiedlich bemerkbar macht. Darauf müssen wir reagieren. In manchen Regionen des ländlichen Raums sinken die Schülerzahlen. Unter Umständen kommt es zu weiteren Schulschließungen. Damit verlängern sich für die Schüler die Anfahrtswege.

Die familiären Strukturen verändern sich. Wenn, wie es immer öfter der Fall ist, beide Eltern berufstätig sind – und berufstätig sein müssen –, dann brauchen die Kinder qualifizierte Unterstützung auch am Schulnachmittag.

Zu uns kommen junge Menschen, die vor Krieg, Elend, Hunger und Not, das heißt, um ihr Leben zu retten, geflohen sind. Die meisten dieser Kinder müssen unsere Sprache erst erlernen. Die Lehrer berichten davon, dass viele dieser Kinder die deutsche Sprache unheimlich schnell erlernen und dass sie hervorragende schulische Leistungen erbringen. Wer je in einer Übergangsklasse war, wird bestätigen können, dass die Kinder unheimlich fit sind und sich freuen, wenn sie etwas lernen können. Daraus ergibt sich ein Potenzial für unser Land. Mit der Förderung dieser jungen Menschen investieren wir auch in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

In Bezug auf die bestehenden Strukturen besteht dringender Handlungsbedarf. Viele sehen zum Beispiel das G-8-Gymnasium – das ja über Nacht gekommen ist; am Tag zuvor hatte noch das G-9-System gegolten – auch mehr als zehn Jahre nach seiner Einführung noch als Baustelle an, unter deren Mängeln Schüler, Eltern und Lehrer zu leiden haben. Wenn Eltern wählen dürfen, stimmen sie eindeutig für mehr Bildungszeit und weniger Stress. Wie ist es mit dem Lerndruck? Ist es denn nicht wichtiger, den Kindern mehr Zeit zum Lernen zu geben? Ist eine Entschleunigung im Bildungsbereich denn nicht besser als Schulstress? Das Forum Bildungspolitik in Bayern wies in seiner Petition darauf hin, dass es die seit Jahren anhaltende gute Konjunkturlage in Bayern jetzt auch erlaubt, im neuen Doppelhaushalt 2017/2018 Ungleichgewichte zu überwinden.

Unsere Bildungspolitiker Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer und Margit Wild weisen immer wieder darauf hin, dass die pädagogischen Anforderungen an den Schulen enorm gestiegen sind. Sie haben entsprechende Anträge formuliert und in die Haushaltsdebatte eingebracht, und wir Haushaltspolitiker durften sie dort auch vertreten.

Die Lehrkräfte brauchen wegen der ständig steigenden Heterogenität ihrer Klassen und Lerngruppen immer mehr Unterstützung. Die bisher bereitgestellten Mittel reichen bei Weitem nicht aus, die dadurch entstehenden Fortbildungsbedarfe zu decken. Dazu gehört auch eine Ausweitung der Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Inklusion.

An den Grundschulen in Bayern fehlen schon seit Jahren Lehrkräfte, um Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Wir fordern deshalb zusätzliche Stellen zur Verbesserung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule, den Einstieg in das Zwei-Pädagogen-System, eine Entlastung der Schulleitungen an den Grund- und Mittelschulen und eine Erhöhung des Lehrerbudgets in den Mittelschulverbänden.

(Beifall bei der SPD)

Die Realschulen in Bayern – heute sind Vertreter einer Realschule aus Ochsenfurt anwesend – leisten ganz hervorragende Arbeit und sind eine von den Eltern häufig gewählte Schulart. Die Leistung der Realschulen wurde bisher nicht durch Investitionen und weitere Qualitätsverbesserungen belohnt. Nach wie vor werden Stellen insbesondere für den Abbau der großen Klassen, zum Ausbau des Ganztagsangebots und zum Ausbau der integrierten Lehrerreserve benötigt. Zu allen Punkten, die ich jetzt nenne, gab es ja Anträge, die wir auch im Haushaltsausschuss behandelt haben, die aber eben immer wieder abgelehnt wurden.

Bei den Gymnasien besteht ebenfalls ein großer Bedarf an Lehrern für den Abbau der großen Klassen und für die Abfederung der Klassenmehrung durch die Einführung des neunjährigen Gymnasiums. Gestern habe ich eine Pressemitteilung des Bayerischen Philologenverbandes in die Hand bekommen:

Schon wieder stehen hunderte Referendare vor einer ungewissen Zukunft. (...)

Planstelle oder Bayern? – Diese Entscheidung müssen auch dieses Jahr wieder hunderte fertig ausgebildete Gymnasiallehrer treffen – denn sie bekommen im Februar

– obwohl gebraucht –

kein Einstellungsangebot vom Freistaat. Deswegen

– so der Philologenverband –

entscheiden sich immer mehr dafür, Bayern den Rücken zu kehren und in einem anderen Bundesland oder gar im Ausland als Lehrkraft zu arbeiten.

Man muss sich das einmal vorstellen. Ich zitiere weiter:

Angesichts steigender Herausforderungen am Gymnasium wie Inklusion, Flüchtlingsbeschulung oder individuelle Lernzeit ist die derzeitige Einstellungspolitik nicht nachvollziehbar.

An den Berufsschulen herrscht genauso schon seit vielen Jahren ein Stellendefizit. Um die Schulleitungen zu entlasten, die Klassen zu verkleinern und die allgemeinbildenden Fächer zu stärken, werden zusätzliche Stellen benötigt. Auch hier ist eines klar: Die Investitionen in die Qualität der Berufsschulen lohnen sich.

Überall gilt das Gleiche: Die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen leisten einen großen Beitrag zum Erreichen höherer Bildungsabschlüsse und verzeichnen seit Jahren Schülerzuwächse, denen aber die Zuwächse an Lehrkräften nicht in gleichem Maße gefolgt sind. Deshalb fordern wir mehr Stellen.

Was immer noch nicht zur Zufriedenheit gelöst ist, ist die Refinanzierung von kommunalen und privaten Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist auch ein diesbezüglicher Antrag abgelehnt worden. Der Freistaat steht in der Pflicht, diese Bildungseinrichtungen, an denen nach staatlichem Lehrplan gelernt wird, besser zu unterstützen. Kommunale Schulen gibt es in der Regel nur in den größeren Städten, in denen es auch Brennpunkte und sozial schwache Familien gibt. In solchen Gegenden sind öffentliche Schulen sehr, sehr wichtig, um für ein grundlegendes Bildungsangebot inklusive Ganztagsbetreuung zu sorgen.

Jetzt komme ich auf den Bereich zu sprechen, den mein CSU-Kollege gerade angesprochen hat und der mir auch persönlich sehr am Herzen liegt. Wir haben schon über Jahre hinweg Verbesserungen für die Verwaltungsangestellten an bayerischen Schulen gefordert, die aber immer wieder abgelehnt wurden. Wir wissen schon seit Langem, dass die Verwaltungsaufgaben an den Schulen in den letzten Jahren aufgrund verschiedener Maßnahmen gestiegen sind. Die Mehrarbeit an den Schulen, nicht nur durch die Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund verursacht, und die damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben auf der Verwaltungsebene sind bisher ebenfalls noch nicht berücksichtigt. Auch müsste – das sage ich jetzt dazu – bei der Bezahlung der Verwaltungskräfte endlich etwas getan werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese sind immer alleine; sie fallen immer hinten hinunter. Wir haben deshalb auch einem CSU-Antrag zugestimmt, der jetzt endlich zusätzliche Verwaltungsangestellte ermöglicht. Im Gegensatz zur CSU stimmen wir Ihren Anträgen immer zu, wenn sie gut sind,

(Hans Herold (CSU): Die sind immer gut! – Harald Güller (SPD): Die sind vor allem dann gut, wenn ihr sie bei uns abgeschrieben habt!)

während die CSU dies bei unseren Anträgen nicht macht, sondern sie immer ablehnt. Dieser Antrag ist sicherlich von Anträgen abgeschrieben, die wir schon seit zig Jahren stellen.

(Harald Güller (SPD): Es ist schade, dass das Abschreiben bei den Kollegen so lange dauert!)

Ich weiß nicht, welche Noten es normalerweise dafür gibt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Note 7!)

Ein anderes Thema: Wir müssen in den Schulen den Einstieg in die Digitalisierung schaffen. Die größte Bereitschaft der Lehrkräfte und die besten Konzepte für die Umsetzung der digitalen Bildung helfen nichts, wenn die Schulen nicht mit zeitgemäßer Technik ausgestattet sind. Oft sind die kleineren Kommunen und Kommunen in strukturschwachen Regionen Bayerns als Sachaufwandsträger mit den Anschaffungskosten überfordert. Unser Ziel muss es sein, im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit es allen Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, am digitalen Fortschritt teilzunehmen.

Ein Antrag, der eben auch in die Beratungen eingeflossen ist, war der Antrag zur Europäischen Akademie, die 1976 im Vorfeld der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament auf Initiative der damaligen Staatsregierung gegründet wurde. Sie ist ein

wichtiger Partner bei der Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Ich weise auf die ständig steigende Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern hin. Um die Funktionsfähigkeit der Europäischen Akademie nicht zu gefährden, ist die Erhöhung des Zuschusses dringend notwendig.

Ich wollte in diesem Zusammenhang noch etwas zu Europa sagen, aber das lasse ich weg. Ich sage zum Schluss nur: Ich weiß, dass jetzt von Ihrer Seite aus die Frage nach der Finanzierung gestellt wird. Dazu kann ich aber nur sagen: Wer es ablehnt, dass Steuerschulden von internationalen Konzernen eingetrieben werden,

(Beifall bei der SPD)

wer Einkommensmilliardäre nicht höher besteuern will und so zur Ungleichheit in unserem Land beiträgt, wer sich damit schwertut, mehr Steuerprüfer einzustellen, der hat kein Anrecht darauf, dieses Argument zu nutzen – höchstens als Ausrede.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist jetzt genau 24 Stunden her, dass der Ministerpräsident an diesem Pult stand und den Haushalt eingebracht hat. Die "Süddeutsche Zeitung" zitierte ihn anschließend mit den Worten: "Bayern blüht."

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Er hat wenig Zahlen, aber blühende Landschaften, wie er es nannte, geschildert. Er hat die Regierung gelobt, und er hat, weil, wie er am Schluss sagte, es niemand anders tut, sich selbst gelobt. Ich konnte nicht bis zum Ende bleiben, da eine Gruppe zu Besuch war. Kaum 50 m Luftlinie von hier war eine Besuchergruppe mit 16 Grundschullehrerinnen und Referendarinnen. Es waren noch zwei Kolleginnen von den GRÜNEN und der SPD dabei. Diese Lehrerinnen und Referendarinnen haben uns über eine Stunde lang erzählt, was an ihren Grundschulen nicht läuft bzw. nicht gut läuft. Sie sagten, dass es zu wenig Lehrer und keine Schulpsychologen gibt.

(Hans Herold (CSU): Das sagen Sie und nicht die Lehrerinnen!)

– Du glaubst, dass die Lehrerinnen alles schlechtreden. Das glaube ich nicht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das wurde ihnen in den Mund gelegt!)

– Sie haben uns eine Stunde lang geschildert, wo die Probleme liegen. Danach macht man sich so seine Gedanken. Man fragt sich: Was erlebt dieser Ministerpräsident eigentlich? Was erleben denn die Kollegen der CSU? Wo sind sie denn unterwegs? – Hier werden zwei unterschiedliche Realitäten dargestellt. Da steht ein Ministerpräsident und redet über ein Land, das er wohl gar nicht kennt. Jedenfalls kennt er nicht die Probleme.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wie bitte?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie mögen sich aufregen. Das Interessante war, dass bei der Diskussion keiner von Ihren Kollegen da war. Das fällt übrigens sehr häufig auf.

(Zuruf von der SPD: Das ist oft so!)

Gehen Sie mehr raus. Reden Sie mit den Menschen!

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir sind dauernd draußen, wir sind ständig draußen!)

Wir sind an den Schulen.

(Unruhe – Zahlreiche Zurufe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte Sie, sich nicht aufzuregen.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Waschler, glauben Sie wirklich, wenn Sie unterwegs sind, dass es an unseren Schulen in Bayern keine Probleme gibt? Glauben Sie das wirklich?

(Karl Freller (CSU): Das ist eine saudumme Frage!)

Über diese Probleme reden wir heute. Ich erzähle Ihnen ein zweites Schlaglicht. Lieber Kollege Freller, ich war an einer Mittelschule in München auf einem Vorlesetag. Das war vor ungefähr zwei Wochen. Auch dort habe ich drei Stunden lang mit den Lehrern gesprochen. Sie hören immer dieselben Klagen und Sorgen. Die Lehrer hätten gerne eine zweite Lehrkraft in ihren Klassenzimmern.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das will nicht jeder Lehrer!)

Es wird einem viel erzählt. Wird Ihnen das nicht erzählt? – Das will nicht jeder Lehrer, aber man hört es immer wieder.

(Kerstin Schreyer (CSU): Das ist einfach nicht richtig! – Hans Herold (CSU): Sagen das alle Lehrer? – Unruhe)

– Seien Sie nicht nervös. Ihr Ministerpräsident in spe sagt ja immer: Wer schreit, hat Unrecht. Das sagt Söder immer. Also hören Sie einfach zu. Den nächsten Satz habe ich auch von Herrn Söder gelernt: Hören Sie einfach zu, und lernen Sie daraus. Das sind seine Sätze, die er immer wieder in vielen Diskussionen wiederholt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zweite Beispiel sind die Mittelschulen. Sie hören an den Mittelschulen immer wieder dieselben Klagen. Die Mittelschulen fordern eine Entlastung der Schulleiter, mehr

Psychologen und Sozialarbeiter. An dieser Schule gab es eine ganz normale Klasse mit 19 Schülern. Diese 19 Schüler stammten aus elf Nationen. Eine andere Klasse, eine neunte Klasse, hatte drei Monate keinen Lehrer. Von 25 Schülern hat nur ein einziger den Quali geschafft. Nur ein einziger! Das sind auch reale Verhältnisse in diesem Land. Da interessiert mich kein Hinweis darauf, dass es in Nordrhein-Westfalen viel schlechter ist. Das interessiert mich an dieser Stelle nicht. Hier geht es um Bayern. Seit eineinhalb Tagen erlebe ich einen CSU-Abgeordneten und ein Regierungsmitglied nach dem anderen, die hier von blühenden Landschaften sprechen.

(Hans Herold (CSU): Haben wir auch!)

Einer nach dem anderen spricht von super Verhältnissen. Aber die Realität ist zum großen Teil eine andere.

(Hans Herold (CSU): Das ist unglaublich!)

Ich kenne ein drittes Beispiel an einem Gymnasium im Großraum von München. Dieses hat sich auch vor zwei Wochen ereignet. In letzter Zeit habe ich viele Gymnasien besucht. Vor einigen Jahren habe ich solche Besuche auch im Rahmen unseres Volksbegehrens zur Frage G 8 oder G 9 gemacht. Wenn Sie jetzt an ein Gymnasium kommen, wird Ihnen überall gesagt: Langsam ist für uns nicht mehr entscheidend, ob es eine Wahlfreiheit zwischen G 8 oder G 9 bzw. zwischen acht oder neun Jahren Gymnasium gibt; für uns ist entscheidend, dass endlich entschieden wird. – Herr Staatsminister, ich weiß ja nicht, wie das bei Ihnen ist. – Seit Jahren wird nicht entschieden.

Wenn ich in den Haushalt reinschaue, dann sehe ich zu diesem Thema auch nichts. Wenn Sie ein neunjähriges Gymnasium wollen, und wir als FREIE WÄHLER wollen das und kämpfen seit Jahren dafür, dann können Sie das nur mit mehr Personal und mit mehr Geld machen. Sie müssen das dann in den Haushalt reinschreiben. Hierzu finde ich aber nichts im Haushalt. Deshalb rufe ich Sie nochmal auf: Sie haben jetzt lange genug Zeit gehabt. Ich kenne Ihre Probleme und weiß, dass Sie sagen: Damals

hatten wir den Ministerpräsidenten Stoiber, der über Nacht das G 8 eingeführt hat; das war einer der größten Fehler seines Lebens usw. Das kommt immer von der Seite der CSU. Die CSU sagt immer: Wir wollen es jetzt anders machen und uns Zeit nehmen. Die Zeit haben Sie gehabt. Jetzt ist die Zeit der Entscheidung gekommen. Entscheiden Sie also jetzt, bestimmen Sie und sagen Sie allmählich, in welche Richtung es gehen soll. Sie können auch das Schulforum mitbestimmen lassen. Die Entscheidung muss nicht von oben nach unten gehen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber nicht!)

Sagen Sie jetzt zügig, in welche Richtung es gehen soll. Das ist für die Schüler, die Eltern und die Lehrer wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein viertes Schlaglicht: Vor drei Wochen war ich in meinem Stimmkreis in Giesing bei der Eröffnung von BurdaForward, eines neuen Medienunternehmens. Dort waren 500 Medienschaffende anwesend. Dort hat Hubert Burda gesprochen und es ging auch um die digitale Bildung. Er ist bei der digitalen Bildung mit seinem Unternehmen sehr, sehr weit. Dort werden die "Huffington Post" und "FOCUS Online" untergebracht. Hubert Burda erzählte beiläufig in seiner Rede: Wenn ich meinen Sohn, der in München zur Schule geht, frage, wie es mit der digitalen Bildung aussieht, dann erzählt er: Wir haben zwar Computer, von Siemens gestiftet, aber diese werden in der Schule nicht benutzt, die Computer stehen im Moment im Keller,

(Zuruf von der CSU: Das ist ein großer Aufwand!)

einmal die Woche kommt dann der Hausmeister und staubt die Computer ab. – Das ist nicht meine Aussage, sondern ein Zitat von Hubert Burda. Ich muss Ihnen ja wohl nicht sagen, wer Hubert Burda ist. Hubert Burda hat erzählt, dass er häufig mit Zuckerberg, mit Google und mit Murdoch zu tun. Er erzählt überall solche Dinge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Bereich digitale Bildung Nachholbedarf. Tun Sie was! Wir, die FREIEN WÄHLER, haben dazu Anträge gestellt. Arbeiten Sie daran. Dort muss noch viel nachgeholt werden. Vieles, was in Bayern erreicht wurde, haben die Menschen und die Wirtschaft erreicht und nicht die Mehrheitsfraktion. Das sage ich der Staatsregierung auch gerne. Da täuschen Sie sich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Aber sie hat die Rahmenbedingungen geschaffen!)

Mit dem fünften Schlaglicht komme ich zur Hochschulpolitik und damit zum nächsten Punkt. Neulich waren wir bei einer Diskussion an der Hochschule für Musik. Diese ist nicht weit von hier, etwa 5 km. Das Thema waren die Lehrbeauftragten. Das ist ein altes und sehr wichtiges Thema. Diese Diskussion wurde übrigens von der "Süddeutschen Zeitung" und vom Bayerischen Rundfunk geleitet. Eingeladen waren alle Fraktionen. Anwesend waren lediglich die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Nicht anwesend war die Fraktion der CSU. Kein einziger Abgeordneter der CSU war anwesend. Die Fraktion hat lediglich eine Mitarbeiterin geschickt. Dort haben wir zum x-ten Mal die Lebensläufe der etwa 100 Lehrbeauftragten geschildert bekommen. Die Hochschulpolitiker kennen das. Zwei sehr engagierte Frauen mit hervorragenden Ausbildungen saßen auf dem Podium. Diese sind seit über 20 Jahren Lehrbeauftragte. Sie bekommen inzwischen pro Stunde 48 Euro gezahlt. Aber über Jahre hinweg haben sie lediglich 30 Euro pro Stunde bezahlt bekommen. Jetzt erhalten Sie 48 Euro. Die Professoren bekommen im Gegensatz dazu deutlich mehr Geld. Aber die Lehrbeauftragten leisten ungefähr dieselbe Arbeit. An dieser Hochschule werden über 50 % der Gesamtstunden von Lehrbeauftragten abgehalten.

Besonders beeindruckend war – das zu hören, hätte Ihnen wahrscheinlich auch gut getan –, dass beide Frauen, die ihre Rentenbescheide herumgereicht haben und noch weiterarbeiten werden, nach 30 Jahren Arbeit mit 66 Jahren einen Rentenanspruch von 236 Euro erwerben. Dieses Thema sprechen wir seit Jahren an und fordern immer

wieder Verbesserungen ein, aber nichts geschieht. Wir haben jetzt im Haushalt wieder mehr Stellen im akademischen Mittelbau und mehr Professoren gefordert, um diese Situation zu verbessern. Ich kenne das seit meinem Studium, und das ist leider schon ein wenig her.

Es gibt bei uns, in einem der reichsten Länder dieser Welt, Kettenarbeitsverträge, Billiglöhne, zu gering bezahlte Lehrbeauftragte und zu wenig Professorenstellen. Das ist seit mehreren Jahrzehnten bekannt. Im reichsten Bundesland dieser Republik passiert seit vielen Jahre nicht mehr als eine Absprache zwischen den Hochschulverbänden und dem Ministerium. Aber viel hat sich seither nicht getan.

Ein weiteres Schlaglicht: Ich führte neulich Gespräche mit ehemaligen Professorenkollegen und habe dabei festgestellt: Die Belastung wird auch dort immer größer. Ich möchte nicht darüber klagen. Durch den Bologna-Prozess gibt es mehr Korrekturbelastung, und durch die Exzellenzinitiative wird ein Projektantrag nach dem anderen notwendig. Jedes Semester gibt es in Bayern mehr Studierende. Darüber können wir froh sein, und das bin ich auch. Aber das Verhältnis der Professoren zu den Studierenden ist im Moment in Bayern 1 : 57. An den Schulen ist das Verhältnis 1 : 14, wie wir gerade von Herrn Kollegen Herold gehört haben.

1 : 57 ist in Deutschland nicht der schlechteste Schnitt, aber im internationalen Vergleich verdammt mau. Da müssen wir drauflegen. Da muss mehr getan werden. Bei steigenden Studentenzahlen muss – ich wiederhole – die Anzahl der Professoren und der Beschäftigten im Mittelbau angehoben werden. All diese Anträge haben wir gestellt.

Kommen wir zu ein paar Grundproblemen, die von anderen Rednern bereits angesprochen wurden. Ich erinnere mich an die Haushaltsdebatte vor zwei Jahren. Damals hat die Opposition insgesamt 243 Anträge gestellt, zugestimmt wurde nur einem oder zwei Anträgen. Mich stört das schon seit Jahren. Ich weiß, dass es wohl zum parlamentarischen Betrieb gehört, Anträge anderer Parteien abzulehnen. Nur: Wir befinden

uns inzwischen in einer Situation, in der es Bayern sehr guttäte, wenn sich die sogenannte Mehrheitsfraktion, die auch eine solche ist, diese Anträge gründlich anzuschauen und gleich übernehmen würde, ohne zu überlegen, ob man die Anträge in einem halben oder einem Jahr übernimmt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist Unfug!)

– Herr Herrmann, nein, das ist kein Unfug, sondern es wäre zutiefst vernünftig, wenn man guten Anträgen von anderen Parteien zustimmen würde. Wir bekommen diese Frage übrigens von beinahe jeder Besuchergruppe gestellt. Ich glaube auch, dass die Menschen im Land dafür Verständnis hätten. Die Menschen würden nicht sagen: Meine Güte, jetzt hat die CSU mal etwas nicht so toll gemacht, und sie übernimmt von den FREIEN WÄHLERN oder von der SPD etwas. Die Menschen in diesem Land würden begreifen, dass es hier eine Regierungsfraktion gibt, die nach bestem Wissen und Gewissen, nicht nur nach Parteienproporz handelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist diesem Land geschuldet.

Herr Herrmann, wenn Sie noch einmal über Ihren Zwischenruf "Unfug" nachdächten, würden Sie ihn wahrscheinlich zurückziehen und sagen, wir wären in Bayern damit fortschrittlicher als in anderen Bundesländern.

Wir kommen zum Thema Bildung. Ich will nicht mit anderen Fachbereichen aufrechnen. Aber es geht hier ausdrücklich nicht um Straßen, um Stromtrassen und um Skillifte, sondern um Menschen. Bei der Bildung geht es um Menschen: um unsere Kinder, um Jugendliche und junge Erwachsene. In einem Land, in dem wir wenig Bodenschätze haben, sind Kinder unser köstlichstes Gut. So steht es auch in unserer Verfassung. Es geht darum, wie in diesem Land diejenigen erzogen werden, die unsere Zukunft gestalten. Es geht darum, was wir ihnen an Bildung weiter- und mitgeben. Deshalb ist das der zentrale Bereich des Haushalts und dieser Politik. Es geht auch darum, diese

Gesellschaft zusammenzuhalten und zu stützen. All das wird durch Bildung gewährleistet.

Hierbei gibt es einiges nachzuholen. Das habe ich in der letzten Viertelstunde versucht, deutlich zu machen. Höre ich mir die Reden der letzten Stunden und die gestrige Rede des Ministerpräsidenten an, beschleicht mich das Gefühl, dass manches in diesem Land gut sein mag – das ist unbestritten –, es aber gerade im Bildungsbereich viele Defizite gibt, die noch nicht erkannt worden sind, wo man nachlegen sollte.

Ich weiß, man muss die Dinge vielleicht besser verkaufen, als es der Realität entspricht. Das gehört sich für eine Regierung so: Man stellt es toll dar, und das muss man auch. Das ist ein bisschen wie im "Glasperlenspiel" von Hermann Hesse: Der Regenmacher muss dem Volk verkaufen, dass er sich dafür einsetzt, dass irgendwann der Regen kommt. Das hat auch Horst Seehofer gemacht. Das Problem bei der ganzen Geschichte ist, dass, wenn der Regen lange nicht kommt, wie es auch bei Hermann Hesse der Fall war, der Regenmacher den Dämonen geopfert wird, er opfert sich sogar selbst. Das wünsche ich Horst Seehofer nicht. Herr Waschler, ich wünsche uns aber, dass wir bei der Bildungsdebatte mehr drauflegen und uns die Probleme genau anschauen; denn es ist nicht alles so, wie Sie es geschildert haben. Es gibt viele Bereiche – ich habe einige genannt –, in denen sich noch einiges tun lässt.

Wir haben vorher mit jungen Flüchtlingen in einer Berufsschulklasse diskutiert. Auch dort hört man viele Wünsche, wenn auch weniger von den Flüchtlingen, sondern sehr viel mehr von den Lehrern. Nur dann, wenn Sie in dem Bereich, der für unsere Kinder und Jugendlichen so wichtig ist, noch einiges drauflegen und bewegen, dann können Sie sich in einigen Jahren vielleicht hier hinstellen und die Reden halten, die Sie in den letzten zwei Tagen gehalten haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen. Erstens: Wir führen hier eine gemeinsame Debatte über zwei Haushalte. Es ist zwar ein Ministerium, aber es sind nach wie vor zwei Haushalte, die im Landtag beraten werden. Nach wie vor arbeiten zwei Ausschüsse getrennt voneinander. Es sind die wichtigsten, umfangreichsten Haushalte dieses Hauses, und sie betreffen unsere wichtigsten Länderkompetenzen. Das vermischen wir in einer Debatte. Einmal redet einer zur Schule, ein anderes Mal redet einer zur Hochschule. Wir nehmen hier das Parlament nicht ernst genug. Es wäre besser gewesen, wir hätten hierzu zwei Debatten geführt. Das wäre diesem Parlament angemessen gewesen. Leider ist unserem Vorschlag dazu nicht gefolgt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Man sieht jetzt auch, dass die Entscheidung, diese beiden Ministerien zu einem Ministerium zusammenzulegen, keine gute Entscheidung war. Wir erleben einen Minister, der bereits mit dem Thema Kulturpolitik überlastet ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Überfordert ist!)

Wir erleben ihn nicht mehr zur Schulpolitik. Zur Hochschulpolitik wird die Kollegin Osgyan reden. Wir erleben den Minister in der Schulpolitik nicht mehr als einen, der das Ministerium führt, gestaltet und neue Akzente setzt, sondern als einen, der mit diesem großen Ministerium überfordert ist. Deswegen war das ein Fehler.

Herr Spaenle, früher waren Sie noch für Wortneuschöpfungen gut; ich denke nur an das Wort "Gelenkklasse".

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Gelenkklasse! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Auch das fehlt mittlerweile in Ihrem Ministerium. Nicht einmal das gelingt noch.

Zweitens: Mit unseren Haushaltsvorschlägen investieren wir GRÜNEN in die Bildung. Gleichzeitig legen wir im Unterschied zu den anderen Oppositionsfraktionen einen ausgeglichenen Haushalt vor. Das geht nur unter drei Bedingungen: Erstens muss man auch als Oppositionsfraktion über Einsparungen reden, etwa mit der Schulverwaltung. Man macht sich damit keine Freunde, muss aber diese Diskussion führen. Zweitens braucht man als Bildungspolitiker die Unterstützung seiner Fraktion aus den anderen Fachbereichen, wo Einsparungen getroffen und zusätzliche Mehreinnahmen geschaffen werden. Für diese Unterstützung der Bildungspolitik bedanke ich mich bei meiner Fraktion. Drittens muss man die – vielleicht nicht unendlichen – Mittel klug investieren, damit sie tatsächlich für alle einen Mehrwert haben. Man braucht eine Strategie für die Haushaltsanträge.

Mit unseren Haushaltsanträgen verfolgen wir die Strategie, in die Verschiedenheit zu investieren. Das möchte ich begründen. Im Jahr 1808 hat der Pädagoge Johann Friedrich Herbart geschrieben:

Die Verschiedenheit der Köpfe ist das große Hindernis aller Schülerbildung. Darauf nicht zu achten ist der Grundfehler aller Schulgesetze, die den Despotismus der Schulmänner begünstigen und alles nach einer Schnur zu hobeln veranlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verschiedenheit der Köpfe ist nicht das Problem. Verschiedenheit der Köpfe zu haben, macht uns als Menschen aus. Das ist normal. Das Problem ist eine Bildungspolitik, die die Verschiedenheit der Köpfe nicht achtet und alles nach einer Schnur richten will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verschiedenheit der Köpfe zu akzeptieren, ist die Grundvoraussetzung für Demokratie. Bei aller Verschiedenheit der Köpfe sollte man miteinander respektvoll umgehen und Meinungsverschiedenheiten austragen, ohne sich die Köpfe einzuschlagen. Das ist die Praxis der Demokratie. Wenn wir die Welt anschauen, stellen wir fest, dass

diese Praxis nicht sehr weit verbreitet, sondern regional begrenzt ist. Nur eine Schule, die diese Verschiedenheit akzeptiert, ist eine demokratische Schule. In dieser Schule müssen die verschiedenen Köpfe lernen, miteinander zu leben, sich respektvoll zu begegnen und ihre Meinungsverschiedenheiten mit Respekt und Anstand auszutragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das meint Artikel 131 der Bayerischen Verfassung. Dort heißt es: Die Schüler sind im Geiste der Demokratie zu erziehen.

Wenn wir die Demokratiebildung an unseren Schulen anschauen, müssen wir feststellen, dass die politische Bildung im bayerischen Schulwesen randständig ist. Das Fach Sozialkunde kommt kaum vor. In der zehnten Klasse fällt gerade mal eine Schulstunde auf das Fach Sozialkunde. In der Lehrerfortbildung spielt die politische Bildung kaum eine Rolle. Die Schülerinnen und Schüler haben in den Schulen selten die Möglichkeit, Demokratie zu erleben und als Demokraten zu handeln. Wir brauchen eine Schule, die das Lernziel Demokratie wirklich ernst nimmt. Das haben wir heute noch nicht. Die Schule sollte neben Achtung vor den anderen und den Menschenrechten auch vermitteln, dass man auch mit einer komplexen Welt umgehen kann.

Die Medienkompetenz gehört ebenfalls zur Kompetenz politischer Willensbildung. Das gilt auch für die Erwachsenenbildung. Wir haben eine ganze Reihe von Anträgen zu diesen Themen vorgelegt. Einen Antrag "Schulische Angebote zur Demokratieförderung" werden wir zur Einzelabstimmung stellen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Demokratieförderung sollte uns allen ein Anliegen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Sinne der Verschiedenheit der Köpfe müssen wir über Menschen reden, die als Flüchtlinge zu uns nach Bayern gekommen sind. Die geflüchteten Kinder und Jugendlichen sind in unsere Schulen gekommen. Anfang des Jahres 2015 habe ich bereits 1.000 zusätzliche Lehrerstellen gefordert. Vielleicht war diese Zahl utopisch und zu

hoch gegriffen. Jetzt haben wir festgestellt, dass diese zusätzlichen Lehrerstellen tatsächlich notwendig sind. Deshalb begrüßen wir, dass 1.079 Stellen im Rahmen des Nachtragshaushalts geschaffen worden sind. Das war eine gute Leistung dieses Parlaments. Wir haben das unterstützt. Die Investition in Flüchtlinge passt aber gar nicht zur Rhetorik mancher Kolleginnen und Kollegen der CSU. Das passt auch nicht zu dem Geist des Integrationsgesetzes, das letzte Woche verabschiedet worden ist. Das verstehe ich nicht. Sie tun in der bildungspolitischen Praxis etwas Gutes, verwenden jedoch diese Rhetorik, diese Sprache, diesen Geist und dieses Denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Schulen bedanken, die sich besonders um die Flüchtlinge bemühen. Das sind vor allem die Grundschulen, die Mittelschulen und die beruflichen Schulen. Die Lehrkräfte an diesen Schulen sind mit großem Engagement dabei. Wir müssen uns eigentlich täglich für diese tolle Leistung bedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwar sehe ich die neuen Stellen im Haushalt, gleichzeitig muss ich jedoch feststellen, dass diese Stellen ab dem Jahr 2019 wieder gestrichen werden. Die Stellen sind mit einem "kw"-Vermerk versehen, als wäre die Flüchtlingsgeschichte ein Spuk à la Merkel, der wieder vorbeigeht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht der Fall. Wir werden weiterhin Flüchtlinge haben. Ich hoffe, dass wir die humanitäre Haltung, Flüchtlinge zu uns kommen zu lassen, aufrechterhalten. Wir sollten ihnen humanitäre Korridore ermöglichen. Außerdem braucht Integration Zeit. Wenn wir die Vermittlung von Bildung an eine Einwanderungsgesellschaft als Daueraufgabe verstehen, dürfen wir die neu geschaffenen Stellen nach der Landtagswahl nicht wieder streichen. Das ist keine nachhaltige Politik. Das ist keine ehrliche Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Achtung der Verschiedenheit der Köpfe betrifft auch die Inklusion. Wir haben eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gegründet, in der wir engagiert zusammenarbeiten, auch wenn es manchmal etwas dauert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht in dieser Arbeitsgruppe sind: Diese Arbeitsgruppe ist kein Instrument zur Debattenentschärfung. Das ist kein Ort, an den man ein Thema delegiert. Inklusion muss in diesem Haushalt eine Rolle spielen. Dieses Thema ist wichtiger denn je, wenn wir eine Gesellschaft vermeiden wollen, in der der Ellenbogen das wichtigste Körperteil ist. Deswegen werden wir uns um das Thema Inklusion bemühen müssen. Hierfür reichen 100 Stellen nicht aus. Wir müssen zusätzliche Aufgaben schultern. Wenn es nötig ist, werden wir in dieser Arbeitsgruppe streiten und diesen Streit auch im Plenum austragen, damit Sie in Zukunft mehr Mittel für Inklusion lockermachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler an den Schulen stützen. Deswegen fordern wir mehr Mittel für den Ganztagsunterricht und mehr Mittel für die Schulsozialarbeit. Außerdem sollen die Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen aufgestockt werden. Die Leute sind da. Sie brauchen nur mehr Zeit, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Zwar wird das immer wieder gefordert, leider wird hierfür jedoch überhaupt nichts getan. Es geht nichts voran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen viele Aufgaben bewältigen. Das Thema G 9 ist bereits angesprochen worden. Zu diesem Thema möchte ich gar nichts sagen, weil es in diesem Haushalt keine Rolle spielt. Man sieht jedoch, dass der Minister keinen Plan hat, wie es weitergehen soll.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der hatte noch nie einen Plan!)

Das schlägt sich in diesem Haushalt nicht nieder. Wir haben Mittel zumindest für die Konzeptentwicklung an den Schulen gefordert – Fehlanzeige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen in die Bildung investieren. Wir wollen, dass die Schulen besser ausgestattet werden. Wir wollen eine Unterrichtsversorgung von

110 % an den Schulen, damit Unterrichtsausfälle ausgeglichen werden. Das ist vor allem bei den beruflichen Schulen erforderlich, die derzeit eine Grundversorgung von lediglich 90 % aufweisen und von einer Unterrichtsversorgung von 110 % weit entfernt sind. Wir reden immer von der gleichen Augenhöhe zwischen der allgemeinen und der beruflichen Bildung. Deshalb muss mehr für die beruflichen Schulen getan werden. Leider habe ich in diesem Haushalt zu wenig davon festgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen in Bildung investieren. Wir wollen in Köpfe investieren. Wir werden in die Verschiedenheit der Köpfe investieren. Deshalb bitte ich Sie, zumindest dem Änderungsantrag "Schulische Angebote zur Demokratieförderung" zuzustimmen. Insgesamt werden wir diesen Haushalt leider ablehnen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße ganz besonders die Weltöffentlichkeit an den Radiogeräten und den Fernsehgeräten. In der Tat lohnt es sich, die Debatte im Bayerischen Landtag über den Bildungshaushalt in Bayern zu verfolgen; denn Bildungspolitik ist die Wirtschaft- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Diesem Satz widerspricht mit Sicherheit keiner, auch niemand von der Opposition. Herr Kollege Herold hat vortrefflich dargestellt, dass wir mit Stolz auf die Bildungsfinanzierung schauen können. Der Doppelhaushalt 2017/2018 ist auch diesmal ein Bildungshaushalt der Exzellenz. Jeder dritte Euro fließt in die Bildung. Rechnet man den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich als Transferleistungen heraus, wird sogar jeder zweite Euro in die Bildung investiert.

Herr Kollege Piazzolo, Sie haben gefragt, ob die Mittel auch effizient eingesetzt würden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen vor allem von der Opposition, ich habe Ihnen drei exemplarische Belege herausgesucht, um darzustellen, dass das Geld hervorragend angelegt ist. Diese drei Belege, die nicht von der CSU in Auftrag gegeben worden sind, zeigen, dass wir in Bayern stolz auf unsere Bildungslandschaft sein können.

Erstens nenne ich die Spitzenposition bei den Leistungsstudien. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im IQB-Ländervergleich 2015, dessen Ergebnisse für die Fächer Deutsch und Englisch im Oktober 2016 veröffentlicht wurden, hat Bayern Top-Platzierungen erreicht, nämlich in beiden Fächern Platz 1. Auch in allen Kompetenzbereichen haben wir Top-Platzierungen erzielt. Im Bildungsmonitor 2016 des Instituts der Deutschen Wirtschaft haben wir Platz 1 bei der sogenannten Input-Effizienz erreicht. Dabei geht es um die Frage, welchen Bildungserfolg Investitionen ermöglichen.

Hinzu kommt der Platz 1 in der beruflichen Bildung. Ich teile die Aussage des Herrn Kollegen Gehring, dass wir die berufliche Bildung nicht nur in Ehren halten müssen, sondern dass es sich lohnt, mit Geldern einen Standard zu erreichen, der uns im internationalen Vergleich an die Spitze bringt. Mit der beruflichen Bildung gelingt es, Bildungsarmut zu verhindern. Das ist dadurch zu belegen, dass sich die Quote der Schüler, die die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen, auf einem historisch niedrigen Stand befindet. Bayern hat außerdem den Platz 3 in der von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie zur Ressourcenausstattung gebundener Ganztagschulen in den Bundesländern erreicht, die im April 2016 erschienen ist. Auch hier haben sich die Investitionen gelohnt.

Der zweite Beleg: Die positive Entwicklung der Bildungsdaten zeigt, was mit den Investitionen erreicht worden ist. Ich stelle fest: Im Jahr 2003 haben 8,3 % der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Im Jahr 2015 haben wir in dieser Kategorie den im bundesweiten Vergleich herausragenden Wert von 4,8 % erreicht. Gleichzeitig hat eine hohe Anzahl von Schülern den Hochschulzugang über die Angebote der beruflichen Bildung erreicht. Ich kann nur sagen: Chapeau! Ein

großes Lob der beruflichen Bildung! Das ist in der Gesamtbetrachtung ein klares Indiz, das für unser differenziertes und durchlässiges Bildungssystem in Bayern spricht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo hat in seinem Beitrag einzelne Besuche und einzelne Ereignisse geschildert und meint, dass er dabei ein Haar in der Suppe gefunden habe. Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo, das kann durchaus sein. Das müssen wir uns im Einzelfall anschauen. Wenn wir jedoch einen Strich darunter ziehen und fragen, was für unsere Kinder und Jugendlichen in Bayern herausgekommen ist, kann ich feststellen, dass Bayern im November 2016 mit einer Quote von 2,6 % bei der Jugendarbeitslosigkeit den niedrigsten Wert in Deutschland aufweist. In Deutschland liegt die durchschnittliche Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit bei 4,9 %. Zum Vergleich: Die höchste Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland hat Mecklenburg-Vorpommern mit 9,7 %. Sollte Ihnen das noch nicht genügen: Im Dezember lag die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Europa im Durchschnitt bei 18,2 %. Wer jetzt noch sagt, die bayerischen Schulen wären schlecht, dem sage ich: Ein Blick über den Tellerrand hat noch nie geschadet.

(Beifall bei der CSU)

Der dritte Beleg: Heute wurde gesagt, dies wäre nur die Schönfärberei der Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag. Hier lohnt der Blick auf eine Studie, nämlich auf die repräsentative dimap-Schulstudie 2016. In dieser Studie wurde die Wahrnehmung der Öffentlichkeit hinterfragt, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb Bayerns. Dabei wurde festgestellt, dass 44 % der deutschlandweit Befragten Bayern als das Land mit dem besten Schul- und Bildungssystem betrachten. Weitere Länder folgen mit weitem Abstand. Bayern erhielt einen Wert von 44 %, Baden-Württemberg liegt mit 14 % auf dem zweiten Platz, Sachsen erhielt einen Wert von 6 %. Die Öffentlichkeit hat also nicht nur den Eindruck, sondern gibt uns auch klar zu verstehen, dass in Bayern die Uhren richtig gehen.

Wir werden uns aber nicht auf den Lorbeeren der Bestätigungen von außen ausruhen. Wir müssen vielmehr Zukunftsaufgaben bewältigen. In der gebotenen Kürze möchte ich sagen, dass wir uns dem Zukunftsthema der digitalen Bildung zuwenden und die Investitionen für eine zeitgemäße digitale Ausstattung zur Verfügung stellen müssen. Heute wurden Münchner Schulen kritisiert. Gut, dann sollte der Sachaufwandsträger dieser Schulen darauf hingewiesen werden, dass hier eine wichtige Aufgabe besteht. An allen staatlichen, kommunalen und privaten Schulen, die einen Zugang zur digitalen Lernplattform "mebis" haben, sollte dieses Angebot intensiv ausgenutzt werden. Außerdem sollte dieses Angebot in der Lehreraus- und -fortbildung stärker verankert werden. Wir dürfen auch die Begabtenförderung in allen Schularten nicht vergessen. Außerdem müssen wir die MINT-Fächer stärken.

Wir müssen allen Mitgliedern der Schulfamilie, die sich der Beschulung von Flüchtlingen und jungen Asylbewerbern angenommen haben, ein ganz großes Lob aussprechen. Der Schwerpunkt liegt dabei bei den Volksschulen und den beruflichen Schulen. Das ist einer großen Anerkennung vonseiten des Bayerischen Landtags wert. Wir unterstützen die Lehrkräfte dabei mit Maßnahmen der Lehreraus- und -fortbildung. Das ist der richtige Weg. Da sich meine Zeit schon dem Ende zuneigt – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie bekommen noch zwei Minuten.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ich möchte noch auf einige wenige Punkte eingehen, bei denen man sagen kann: versprochen und gehalten. Der Ministerpräsident hat Garantien zum Ganzttag, zur Grundschule und zur Inklusion ausgesprochen. Hierzu kann ich feststellen, dass diese Ankündigungen nicht nur gehalten, sondern sogar erweitert wurden. Ich erinnere nur an den Ausbau der offenen Ganztagsangebote an den Grundschulen. Für den weiteren Ausbau dieser Angebote werden wir sicher, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg, einen gemeinsamen Nenner finden.

Ich danke der gesamten Schulfamilie und Herrn Kollegen Herold, der dargestellt hat, auf welchem gutem Weg wir uns befinden. Die Oppositionsparteien, vor allem die Fraktio-

nen der SPD und der GRÜNEN, bitte ich, diesem Rekordhaushalt zuzustimmen und nicht immer über die Einführung einer Schulart, die sich Gesamt- oder Gemeinschaftsschule nennt, zu reden. Die Folge wäre eine Zerstörung des differenzierten Bildungswesens in Bayern. Das wollen wir nicht.

Wir erwarten eine Zustimmung zu diesem Haushalt. Ich danke meiner Fraktion für die Zustimmung zu diesem Bildungsrekordhaushalt, mit dem der Rahmen für eine gute Bildungszukunft in Bayern gewährleistet wird. Ich sichere allen zu: Wir werden mit diesem Haushalt unsere Spitzenposition in Deutschland zum Wohl unserer Kinder und Jugendlichen in Bayern ausbauen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Güll.

Martin Güll (SPD): Herr Kollege Prof. Dr. Waschler, es stimmt: Ein Blick über den Tellerrand lohnt. Das gilt auch für den Blick in Studien. Manchmal lohnt aber auch ein Blick in die Klassenzimmer oder die Schulen selbst; denn dann sieht man auch die Realität. Ich habe zum Beispiel vor Kurzem an einem Werkstattgespräch von Schulleitern teilgenommen. Dabei habe ich gesehen, wo die Dinge tatsächlich im Argen liegen, und dass von den vielen Milliarden nicht alles an den Schulen ankommt.

Deshalb ist der Blick auf die Studien verwunderlich. Nach acht Jahren Amtszeit von Herrn Kultusminister Dr. Spaenle müssen wir feststellen, dass ein Zuwachs von über 3 Milliarden Euro im Haushalt nicht dazu geführt hat, dass die Auswirkungen der sozialen Herkunft auf die Bildung vermindert werden konnten. Auch das besagen diese Studien. Deshalb lohnt es sich, sich die 19 Änderungsanträge der SPD-Fraktion anzusehen. Dort finden sich Hinweise darauf, wo angesetzt werden müsste, damit die Situation an unseren bayerischen Schulen besser werden kann.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Güll, danke für diesen Hinweis. Selbstverständlich lesen wir alle Studien sehr genau.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber Sie verstehen sie nicht!)

Sofern wir Möglichkeiten sehen, punktgenaue Verbesserungen vorzunehmen, werden wir das in unsere weiteren Entscheidungen einfließen lassen. Die Spreizung, die Sie erwähnt haben, ist in Bayern zurückgegangen, was Sie verschiedenen Studien entnehmen können. Wir müssen aber noch ein Stück Weg zurücklegen. Wir befinden uns auf diesem Weg, haben aber bereits ein sehr hohes Niveau. Wir werden diesen Weg weitergehen. Punktuelle negative Einwände, die von der Opposition gemacht werden, werden uns nicht aufhalten. Wir wollen in Bayern die beste Bildungslandschaft haben. Das Bessere ist immer der Feind des Guten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wir von der SPD wollen, dass gerade der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Bayern als bedeutendes Aushängeschild für unseren Freistaat und als Motor der Zukunftsfähigkeit für unser Land deutlich gestärkt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Förderung einer vielfältigen Kulturlandschaft; denn auch das ist ein Aushängeschild. Ich werde bei den einzelnen Punkten darauf zu sprechen kommen. Der vom Wissenschaftsministerium vorgelegte Haushalt wird diesen Anforderungen nur teilweise gerecht. Ein paar Beispiele: Die Grundfinanzierung an den Hochschulen ist nach wie vor notleidend. Da gibt es die Kritik des Wissenschaftsrates, und trotz großzügiger Bundesfördermittel wird nicht das getan, was die Eigenständigkeit der Hochschulen – ich komme bei der Drittmittelförderung dazu – hinreichend stärkt. Wir

haben das Programm zur Aufnahme von Studienanfängern in der Vergangenheit nicht umgesetzt. Haushaltsreste in dreistelliger Millionenhöhe sind liegengeblieben. Das ist ein Armutszeugnis. Sie sagen immer: Bayern geht es gut, den Menschen geht es gut; das war ja in der gestrigen Debatte der Haupttenor.

Schauen wir uns bei dieser Frage einfach einmal den universitären Mittelbau an. Der Kollege Piazzolo hat schon diejenigen Menschen genannt, die etwa als Lehrbeauftragte an Musikhochschulen arbeiten. Das sind hochqualifizierte Musiker, die die Hälfte des gesamten Unterrichts an Musikhochschulen stemmen. Dafür kriegen sie für die gehaltene Stunde nur die genannten 36 bis 45 Euro. Diese Lehrbeauftragten müssten eigentlich streiken. Aber sie haben so wenig Geld, dass sie nicht einmal streiken können. Wenn diese Lehrbeauftragten einmal nicht mehr mitmachen, dann läge der Hochschulbetrieb lahm. Und was haben Sie für diese Leute im Haushalt vorgesehen? – Gar nichts.

Das ist die Wahrheit, die bei Leuten ankommt, die dieses schöne Bayern, das Sie immer verkünden, in dieser Form einfach nicht sehen können. Sie malen sich immer eine Welt, die nichts mit der Wirklichkeit derer zu tun hat, denen es in Bayern schlecht geht. Es geht nicht jedem gut. Es geht vielen gut, aber nicht allen Menschen, nicht jederzeit und nicht an jeder Stelle. Darauf wollen wir schauen.

In der Hochschullandschaft merkt man das eben auch. Schauen Sie sich an, was diese hochqualifizierten Wissenschaftler an der Uni erwartet: befristete Stellen, schlecht bezahlte Stellen, ewige Unklarheit, wie weit sie mit der Professur kommen und Ähnliches mehr. Wir haben inzwischen – das sagen andere – ein akademisches Prekariat zu bedauern. Wenn Sie sagen, das ist Schwarzmalerei, dann sage ich Ihnen: Das ist keine Einschätzung der Opposition. Diese Einschätzung kommt von den verschiedenen Fachverbänden.

Zur Drittmittelförderung: Wir haben im Ausschuss für Haushalt und Finanzen darüber mit dem Minister lange geredet. Da war ich schon sehr erstaunt, wie lapidar dessen

Auskünfte ausgefallen sind und wie wenig diese Auskünfte durch eine Nachfrage, die ich beim Ministerium gestellt habe, erhärtet werden konnten. Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, dass es verschiedene Formen der Drittmittelförderung gibt; ich meine diejenige, die aus der freien und privaten Wirtschaft kommt. Die Hochschulrektoren vor allem der Hochschulen für angewandte Wissenschaften erklären dezidiert, dass und wie abhängig sie inzwischen von den privaten Drittmittelförderungen sind. Ich bin wirklich für diese Förderungen. Ich bin auch dafür, dass wir sie einwerben, aber sie müssen transparent sein und dürfen die wissenschaftliche Freiheit nicht beeinträchtigen. Ein Aldi-Süd-Hörsaal oder dergleichen ist ja gut und schön. Nicht schön ist aber, wenn zum Beispiel das Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht, eine ganz wichtige Geschichte, nur durch die Finanzierung der Stiftung der Arbeitgeberverbände leben kann. Da ist die Abhängigkeit der Ergebnisse von vorneherein vorgezeichnet. Wir brauchen die Freiheit von Lehre und Forschung, die wir nur dann bekommen, wenn wir die Drittmittelförderung wirklich transparent darstellen.

Wenn wir sehen, dass bei einer steuerfinanzierten, von der öffentlichen Hand finanzierten Grundlagenforschung mit einem bisschen Zusatzförderung durch die Wirtschaft durch die Patentverwertung nur ein geringer Teil zurückfließt, wenn wir sehen, dass die Beträge, die an die Uni zurückfließen, meistens im sechsstelligen und ganz niedrigen siebenstelligen Bereich liegen – 1,9 Millionen war der höchste Wert, der an die Universitäten zurückgeflossen ist –, wenn wir sehen, dass währenddessen die Privatverwertung dieser Drittmittelforschungsergebnisse in die vielfache Millionenhöhe geht, dann stimmt etwas nicht. Dann machen wir es wie immer: Die Belastungen sozialisieren wir, die Gewinne privatisieren wir. Das wollen wir so nicht haben. Wir wollen mehr Transparenz. Wir möchten, dass hier mehr öffentlich gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu den Studenten. Wir haben hier ein gigantisches Problem. Dieses Problem sprechen Sie nirgendwo an. Wir haben eine Wohnungsnot ohne Ende, nicht nur in München, sondern auch in Regensburg, in Augsburg und an vielen anderen

Universitätsstandorten. Die Studentenwerke bleiben massiv unterfinanziert. 2005 11,5 Millionen, 2010 7,1 Millionen – ich weiß nicht, warum Sie den Stoiber immer so loben –, 2014 9,1 Millionen, und jetzt sind wir wieder bei 11 Millionen, also unter dem Stand von 2005, und das Ganze bei einer Wohnungsnot ohne Ende. Wir haben im Jahr 2000 in ganz Bayern 3.240 Wohnplätze für Studenten gehabt. 2014, 14 Jahre später, gab es 3.528 Plätze. Es gab also beinahe keinen Zuwachs, wenn man bedenkt, dass drei neue Hochschulstandorte dazugekommen sind. Was bedeutet das konkret? – Die Chancengleichheit wird grausam verletzt. Die einen müssen nebenher massiv arbeiten, damit sie die teuren Mieten zahlen können, die anderen haben reiche oder gut betuchte Elternhäuser und können in Ruhe vor sich hin studieren. Das kann nicht das Ziel sein, das wir in Bayern verfolgen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass gerade bei der jungen Generation dadurch ein Gefühl aufkommt – ich will gar nicht von denen sprechen, die zum Beispiel in der Lehre sind und auch unter ganz schweren Bedingungen in überbezahlten, regionalen Ecken wohnen, wo das Leben für sie fast nicht mehr bezahlbar ist –, von der Politik nicht mehr verstanden und gehört zu werden. Sie sieht ihre Zukunftschancen schwinden. Das ist durch Umfragen in der jungen Generation belegt. Was hier geschieht, ist demokratiegefährdend. Hier müssen wir neue Schwerpunkte setzen. Wir hoffen, wir machen das.

Das gilt übrigens auch für die Hochschulbibliotheken. Die Hochschulbibliotheken brauchen vor allem diejenigen, die wenig Möglichkeiten haben, auf andere Weise an bestimmte Informationen zu kommen. Keiner soll mir sagen, heutzutage gehe alles nur über das Internet. Die Hochschulen brauchen funktionstüchtige, gut ausgestattete Bibliotheken, und die haben wir leider nicht in dem Umfang, wie wir sie wollen.

Ich werde nur ein kurzes Wort zur Chancengleichheit für Frauen in Wissenschaft und Lehre sagen. Die Beratungszeit ist ja so gering, dieser Haushalt hat weniger Bera-

tungszeit als heute Vormittag der Justizhaushalt. Diese Chancengleichheit ist bei Ihnen kein Thema. Das haben Sie nicht im Fokus. Wir haben Anträge für Frauen gestellt, die Professuren anstreben oder schon als Professorinnen arbeiten und bestimmte Forschungsvorhaben machen. Wir haben Anträge gestellt für Frauen, die man in die Studiengänge begleiten will. Zu allen diesen Punkten haben wir Anträge gestellt, und alle sind abgelehnt worden. Das ist konservative Politik in Reinform, die einfach nicht mehr zeitgerecht ist. Das ist Politik von gestern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, bevor ich auf zwei Schwachstellen speziell bei Ihnen komme, noch einmal etwas ganz Allgemeines zu Förderung der freien und der kommunalen Theaterlandschaft. Wir stehen dahinter, in Zukunft die kommunalen und freien Theater auch überschaubarer, gerechter und nachvollziehbarer zu fördern. Es kann doch nicht sein, dass der Finanzminister nach dem Zufallsprinzip mal schnell nach Würzburg oder nach Landshut oder nach Ingolstadt fährt und dann seine Spendierhose anhat. Und dann muss man immer schauen, ob die anderen das Gleiche kriegen und ob er überhaupt für seine Versprechen eine Deckung im Haushalt hat. Die hat er eigentlich nicht, aber er weiß, dass die CSU-Fraktion sich nicht als unabhängige Fraktion, sondern als Abwehrbrigade für seine Extratouren versteht und ihm sowieso alles nachträglich –

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

– Ja, so ist es ja leider. Sie sind kein Korrektiv gegenüber der Regierung. Und das wäre für einen freien Abgeordneten wirklich eine wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine klare Förderung im Bereich der Theaterlandschaft, der freien Kulturarbeit. Da liegt viel im Argen. Wir wollen eine Änderung des Kulturfonds. Wir haben klare Vorstellungen, die im Fachausschuss von der Kollegin Zacharias und anderen Kolleginnen und Kollegen immer wieder vorgetragen wurden. Hier muss entstaubt und

entrümpelt werden. Der Denkmalschutz gehört aus dem Kulturfonds heraus- und in den ordentlichen Haushalt hineingenommen. Auf diese Weise könnten Gelder für all die kleinen Initiativen frei werden, die ohne das Geld ja gar nicht arbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zu den städtischen Kreis- und Musikschulen. Das finde ich bei der CSU besonders blamabel: Da gibt es Sonntagsreden. Jetzt hat der Herr Goppel in Rosenheim eine ganz rührende Rede gehalten: Peter Winter war voller Begeisterung über die tolle Arbeit, der Landrat der CSU hat gelobt, der Herr Spaenle hat schon erklärt, dass er die 15 % Förderung anstreben will, Frau Stamm hat das gemacht. Und wo sind wir? – Knapp über 10 %. 500.000 Euro haben Sie dann im Nachgang zu uns gegeben. Wir haben vier Millionen Euro gefordert, damit wir bei den 15 % sind. Bei Ihnen hingegen: Schweigen im Walde – aber schöne Reden draußen in der Landschaft. Das ist eigentlich blamabel.

Nur noch ganz persönlich zu Ihnen, Herr Minister. Ich gebe zu, Ihr Ministerium ist riesengroß. Was aber das Klinikum Hadern anbelangt, so ist Ihnen dort ein wirklich schlimmer Fauxpas unterlaufen. Man will die Klinik als öffentlich-rechtliche Körperschaft führen. Sie soll nach wirtschaftlichen Prinzipien keine Schulden machen – und das war die Vorgabe –, dann aber entlässt man den kaufmännischen Direktor, der das erreicht hat. Er hat sogar einen kleinen Überschuss von einer Million Euro erwirtschaftet. Da werden den Universitätsinstituten Aufträge erteilt, die zu teuer sind, aber der kaufmännische Direktor wird entlassen. Man ist nicht in der Lage, Ordnung hineinzubringen, weil man zwei Hüte aufhat, und zwar einmal den von der Gesellschaft und einmal den von der Universität. Aber bei beiden will man nicht anecken. Dann führt man beide in die Büsche.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ich bin ganz schnell und sofort fertig.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie bekommen noch zwei Minuten. Wir haben nämlich eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Goppel.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Dann kann ich noch alles ausführen, Herr Dr. Goppel. Ich bin nur der Meinung – lassen Sie mich das noch abschließend sagen –, wir haben wahnsinnig viel – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte, sich jetzt an das Ende der Redezeit zu halten, und möchte Herrn Dr. Goppel das Wort erteilen.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wir würden auch gerne – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, jetzt Herr Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur Präzisierung fünf Punkte anführen, in aller Eile. Erstens. Der kaufmännische Direktor heißt Koslowski, und er ist entlassen worden, weil die Universität mit ihm nicht zurechtkam. Das wissen Sie auch ganz genau. Da hat der Herr Minister überhaupt nicht dreinzureden. Zweitens. Lehrbeauftragte der Musik: Ich mache dieses Thema seit sieben Jahren in diesem Hause mit. In Wirklichkeit sogar seit elf, weil ich vorher als Minister im Einsatz war.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Wir haben festgestellt, dass die Universitäten das von diesem Haus zugestandene Recht, selbst zu entscheiden, wer wann wie bezahlt wird, nicht wahrnehmen. Insoweit ist der Vorwurf gegenüber dem Minister alles andere als gerechtfertigt. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Lehrbeauftragten an ihrer Universität ordentlich bedient werden. Wenn das nicht stattfindet, muss man das den Universitäten zurechnen. Wenn man sich aber nicht auskennt, dann lässt man das als Parlamentsdebattierer weg.

Drittens. Theaterförderung: Was die Theaterförderung anbetrifft, so schießen wir im Gegensatz zu allen anderen Ländern, vor allem im Gegensatz zu den von Ihnen ge-

führten, Gelder dazu. Andere deutsche Länder schließen ihre Theater; wir hingegen schauen, dass wir das eine oder andere in staatliche Obhut nehmen, eine zusätzliche Förderung auflegen und schießen Geld zu. Es ist unerträglich, dass Sie uns hier Vorwürfe machen.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Beim Kulturfonds steht ebenfalls fest, dass es eine große Bandbreite der Förderung gibt. Diejenigen, die einen Antrag stellen, bekommen auch Geld. Andere aber, die keinen Antrag stellen, können im Nachhinein nicht kommen und sagen: Wir hätten aber einen gestellt. – Das ist nicht der richtige Umgang. Der Kulturfonds ist eine einzigartige Einrichtung, und alle anderen Länder in Deutschland, wirklich alle, beneiden die Bayern darum.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Fünftens. Die Musikschulen. Die Musikschulen bekommen 11 % staatlichen Anteil, das ist zu wenig, da sind wir einer Meinung. Das muss man nicht schönreden, ich sage das auch ganz deutlich. Die Frage ist, wen ich bei der Musikschulförderung entlaste. Wenn entlastet wird, hat das immer zur Folge, dass sich die Kommune zurückzieht, aber nicht die Eltern gefördert und entlastet werden. Wir sollten uns darüber unterhalten, ob die Eltern auch weiterhin mit 50 % oder gar 55 % belastet bleiben, weil die Kommunen entlastet werden wollen. Wofür haben wir eigentlich den kommunalen Finanzausgleich? – Sie machen es sich zu einfach.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen auch Sie zum Ende. Die zwei Minuten sind schon vorbei.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Ich hab's gleich. Sie machen es sich zu einfach, das habe ich schon gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Geschätzter Herr Kollege Dr. Goppel, fangen wir mit der Musikschule an. Ich war 21 Jahre Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender einer der großen Kreismusikschulen. Ich habe in der Tat mit den Kollegen Bürgermeistern oft ums Geld gerungen. Sie werden es nicht glauben, bei uns waren fast immer die CSU-Bürgermeister nicht bereit, mehr Geld zu geben.

(Zurufe von der SPD: So, so!)

Ich sage Ihnen trotzdem, dass die Kommunen immerhin zwischen 30 und 33 % geben. Der Staat gibt, wie gesagt, gerade einmal knapp 11 %. Sie haben recht, der hohe Elternbeitrag wird zunehmend zum Problem. Die Kinder, die wir gerne fördern würden, können wir damit nämlich manchmal nicht fördern.

Ich könnte noch zu vielem anderen etwas sagen, aber Hadern kenne ich ganz genau. Machen Sie es sich nicht zu einfach; denn Hadern kenne ich perfekt. In dem Gremium, in dem entschieden wird, ob der kaufmännische Direktor geht oder nicht, sitzt mit einer wesentlichen Stimme der Minister. Da kann er sich nicht herausreden. Er hätte diejenigen an die Kandare nehmen müssen, die ihre Pfründe schwinden sehen. Das ist zum einen im Chefarztbereich sehr massiv der Fall und zum anderen bei den Hochschulinstituten, die für Laborleistungen aberwitzig hohe Preise verlangen, weil diese zur Institutsfinanzierung dienen. Hier sind wir wieder bei der Grundförderung der Universitäten, die zu niedrig ist. Hier besteht ein Verschiebebahnhof, der dem Minister schon lange nicht mehr vor Augen steht. Da hat er keinen Überblick mehr.

Zur Musikhochschule: Das ist ein Treppenwitz der Geschichte, wenn Sie sagen: Die können alle zahlen. – Wissen Sie, was die zahlen können? – Bei der Musikhochschule können Sie nicht die großen Drittmittel einwerben. Die können genau das zahlen, was sie haben, und das ist zu wenig. Auch hier fehlt es an einer ordentlichen Finanzierung. Ich bleibe deshalb bei allen meinen Aussagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Wir haben jedes Jahr das Gleiche: Wir bekommen Pressemitteilungen, die loben, dass der Bildungs- und der Wissenschaftsbereich ausgebaut wird, dass wir einen neuen Rekordhaushalt haben. Das ist zwar richtig, doch wenn wir uns die Kernzahlen ansehen, die wir alle kennen, dann zeigt sich, dass es sich eigentlich um eine Mängelverwaltung handelt, dass die Schere immer weiter auseinanderklafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Punkt, der heute noch gar nicht genannt wurde, der mir aber besonders am Herzen liegt – wir haben dazu ein paar Anfragen gestellt –, ist der Sanierungsstau an bayerischen Hochschulen. Am Anfang der Legislatur, 2013, hatten wir die Schlagzeilen, dass in der Kochstraße in Erlangen die Decke herunterkam. Normalerweise graben Archäologinnen und Archäologen römische Ruinen aus. Hier aber haben sie ihre eigenen Schreibtische ausgegraben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war vor drei Jahren. Seither hat sich nichts Wesentliches geändert. Nach den Anfragen beläuft sich der Sanierungsstau immer noch auf drei Milliarden Euro. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist eine enorme Summe, und sie wird nicht kleiner. Nicht nur marode Hochschulbauten aus den 60er Jahren bröckeln, sondern auch Neubauten werden nicht fertig. Bei uns in Erlangen steht derzeit das Chemikum in den Schlagzeilen. Es wird auch das BER Bayerns genannt. Es ist nicht nur nicht fertig geworden, es war offensichtlich auch so geplant, dass es für chemische Labore überhaupt nicht geeignet war. Jetzt muss nachgebessert werden: Lüftungsanlagen werden eingebaut. Der Haushaltsausschuss hat noch einmal Geld genehmigt. Gut, es muss ja fertig werden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ist das in Berlin?)

– Scheinbar gibt es da irgendeine Beziehung. Ich weiß nicht, welches Planungsteam das war. Jedenfalls soll es jetzt 2017 statt 2013 fertig werden. Ich glaube das allerdings erst, wenn ich es auch sehe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, als GRÜNE sage ich es ungern, aber an dieser Stelle brauchen wir in Bayern tatsächlich mehr Beton. Wir brauchen Beton, um Löcher in maroden Universitätsgebäuden endlich zu stopfen. Auch die Bauunterhaltslöcher sind enorm: Drei Milliarden Euro. – Dass wir das jetzt im Doppelhaushalt nicht hinbekommen, ist völlig klar. Ich würde aber wirklich gerne einen Sanierungsplan sehen, wie wir das in den nächsten Jahren schaffen sollen. Im Haushalt fehlt zumindest eine ordentliche Summe für den reinen Bauunterhalt. Wir sehen nämlich auch, dass unsere Hochschulgebäude immer schneller verfallen. Wir müssen dafür sorgen, dass zumindest die notwendigsten Renovierungsmaßnahmen durchgeführt werden, damit die Substanz einigermaßen erhalten bleibt. Auch hierfür möchte ich gerne einen Plan sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben noch einen zweiten Punkt, für den wir dringend mehr Beton brauchen. Wir haben es gerade schon gehört, es geht dabei um das bezahlbare studentische Wohnen. In den großen Universitätsstädten sind die Mieten in den letzten Jahren um 30 % angestiegen. Es gibt zwar Angebote für studentisches Wohnen auch auf dem freien Wohnungsmarkt, das ist aber für die meisten Studierenden nicht bezahlbar. Wir brauchen deshalb mehr öffentlich geförderte Wohnheimplätze. Der Schlüssel dafür liegt bei den Studentenwerken. Auch das haben wir heute schon gehört. Die Zuweisungen an die Studentenwerke wurden in den letzten zehn Jahren nicht erhöht, sie sind sogar gesunken. Hier müssen wir dringend ansetzen. Die Studentenwerke investieren nämlich nicht nur in Stahl und Beton, sondern sie nehmen auch ganz wichtige Beratungs-

leistungen für die Studierenden wahr. Es kann deshalb einfach nicht sein, dass wir hier wegsehen, wohl wissend, dass sie nicht ausreichend ausgestattet sind.

Meine Damen und Herren, wir können noch einmal feststellen: Wir brauchen mehr Beton, aber davon allein lebt die Wissenschaft nicht. Sie lebt von den Köpfen, die an den Universitäten arbeiten, den Menschen, die an unseren Hochschulen und Universitäten tätig sind, studieren, lehren und forschen. Auch hier haben wir eine eklatante Finanzierungslücke. Seit 2008 ist die Zahl der Studierenden in Bayern um 120.000 gestiegen. Mit Hilfe des Bundes wurden Mittel für 50.000 neue Studienplätze bereitgestellt. Das zeigt, dass die Lücke immer mehr aufklafft. Eine Möglichkeit wurde genannt, die alle Probleme lösen könnte, nämlich eine auskömmliche Grundfinanzierung, um den Hochschulen mehr Spielraum zu geben, das Geld richtig einzusetzen, auch für ihr Personal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben neue Anfragen zur Quote der Drittmittel gestellt. Sie liegt nach wie vor ungefähr bei 30 %. Das ist eigentlich viel zu hoch. Eine vernünftige Drittmittelfinanzierung ist zwar nichts Schlechtes; aber die Drittmittel sollten für Aufgaben eingesetzt werden, die nicht zu den Standardaufgaben einer Hochschule gehören. Dann sind sie richtig eingesetzt. Momentan werden damit aber tatsächlich Lücken gestopft. Das führt letztlich zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Beschäftigten an bayerischen Hochschulen haben zu 70 % befristete Verträge. Wir hören im Wissenschaftsausschuss immer wieder, dass dieser Anteil viel zu hoch liegt. Letztlich können wir dieses Problem nur beheben, indem wir gerade für den akademischen Mittelbau mehr Planstellen einrichten. Junge Menschen in einer sehr sensiblen Phase ihres Lebens, in der sie gleichzeitig eine Familie gründen wollen, sind prekär beschäftigt, häufig mit Laufzeiten von nur einem halben Jahr. Das führt nicht nur zur Unsicherheit in der Lebensplanung; es schwächt auch die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Hochschulen eindeutig. Wir hören immer wieder die Meinung: Ich habe im Ausland teilweise besse-

re Möglichkeiten und bekomme dort eine feste Stelle; warum sollte ich dann hier in Bayern forschen? – Dieses Problem müssen wir angehen.

Zu den Lehrbeauftragten wurde schon einiges gesagt. Es ist tatsächlich skandalös. Das erkennt man, wenn man sich mit der Historie befasst. Ich habe mir alte Anträge herausgesucht und bin auf ein Lösungskonzept des Ministeriums aus der letzten Legislaturperiode gestoßen, wie wir die Lehrbeauftragten aus ihrer prekären Situation holen können. Es ist nicht damit getan, dass wir Ihnen einfach zehn Euro mehr geben, sondern wir müssen mehr Planstellen schaffen, um die Quote der Lehrbeauftragten unter den Anteil von 50 % zu drücken, der momentan an Musikhochschulen erreicht wird. In dem alten Konzept war die Rede von 25 %. Das erscheint mir vernünftig, um gleichzeitig eine Flexibilität an den Musikhochschulen zu gewährleisten. Aber ich frage mich: Was ist seither passiert? – Das Konzept liegt in der Schublade; die Lehrbeauftragten sind immer noch prekär beschäftigt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Einen letzten Punkt finde ich besonders skandalös. An bayerischen Hochschulen gibt es nicht nur Lehrbeauftragte, sondern auch Privatdozenten, die unbezahlt lehren müssen. Normalerweise nennt man das Sklaverei. In diesem Fall heißt es Titellehre. Auch darauf müssen wir genau achten; denn das ist eines Wissenschaftsstandorts wie Bayern unwürdig.

Die Studierendenzahlen sind seit 2008 um 120.000 gestiegen. Die Grundfinanzierung stagniert seither fast; sie wurde nur ein bisschen erhöht. Das führt nicht nur dazu, dass die Seminarplätze der Studierenden überbelegt sind und die Bücher in den Bibliotheken vergriffen sind; es führt auch dazu, dass das Lehrpersonal ausgebeutet wird. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass die Grundfinanzierung ansteigt. Jetzt werden Sie vielleicht sagen: Es gibt Verteilungskämpfe zwischen den Haushaltsposten, der Haushalt gibt es nicht her. – Wir haben nachgesehen. Meine Kollegin, Frau Stamm, hat herausgefunden, dass wir aus dem letzten Haushalt noch über 100 Millio-

nen Euro Haushaltsreste haben. Warum wird dieses Geld nicht einmalig für die Grundfinanzierung, das heißt mit Anschubwirkung, eingesetzt, und warum sehen wir nicht, was man damit alles machen kann? – Wir können damit sehr vielen Beschäftigten in der bayerischen Wissenschaftslandschaft helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder die Jubelmeldungen, dass wir in Bayern eine wissenschaftsgestützte Strukturpolitik betreiben. Das ist an und für sich ganz gut. Wenn man genauer hinsieht, kann man an dieser Stelle aber nur eine Strukturpolitik nach dem Schrotflintenprinzip beobachten. Es gibt ganz viele kleine Ausgründungen, bei denen nicht klar ist, inwieweit sie mit ihren Mutterhochschulen vernetzt sind. Wir wissen aber gleichzeitig, dass wir eine Bildungs- und Hochschulpolitik brauchen, die den ländlichen Raum wirklich nachhaltig stützt. In den Siebzigerjahren waren die HAWs, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, bereits ein Erfolgsrezept. Mit ihnen konnte tatsächlich das Bildungsniveau in den Regionen gesteigert werden. Ein sehr guter Austausch mit der Wirtschaft in den Regionen hat sich entwickelt. Warum investieren wir dann nicht mehr Geld in die Qualität, indem wir den HAWs entsprechende Forschungsmittel geben? Herr Spaenle, Sie haben vor ungefähr einem Jahr gesagt, dass Sie das Jahr der HAWs ausrufen und die Forschung an den HAWs unterstützen. Wir haben im Haushalt dazu nichts gefunden. Warum wird das nicht endlich einmal angepackt?

Wir brauchen Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Aktuell finanzieren sie sich durch Drittmittelinwerbung selber. Das ist zwar gut und schön; wir wissen, dass viele Institute, viele Hochschulen bereits jetzt sehr forschungsstark sind. Aber wir brauchen dafür auch staatliche Unterstützung, um wirklich Leuchttürme in den Regionen zu schaffen und gleichzeitig die Bildungsgerechtigkeit zu heben; denn wir wissen: Gerade die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben sehr viele First-in-Family-Studierende, also Studierende, die aus Nichtakademikerhaushalten kommen. Dieses Erfolgsrezept sollten wir stützen.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, den Sanierungsstau abzubauen, allen Studierwilligen ein Studium zu ermöglichen, die Hochschulen endlich auskömmlich auszufinanzieren und den Austausch der Hochschulen in den ländlichen Raum hinein zu stärken. Das können wir. Das Geld ist zumindest in Teilen vorhanden; es ist sogar noch welches übrig. Bitte stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Jetzt kommt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, dass ich noch etwas zu dem Thema Lehrbeauftragte sage; ich habe mich damit ganz intensiv befasst.

Erstens. In der Legislaturperiode, in der ich selber als Staatsminister Verantwortung getragen habe, haben wir versucht, die Universitäten dazu zu bewegen, den Lehrbeauftragten ein ordentliches Salär zu zahlen, wobei es unterschiedliche Stufen gibt: Sie zahlen den Musikern unter den Lehrbeauftragten immer besonders wenig und anderen Fachvertretern stattdessen viel. Das ist ein Problem, das die Universität zu lösen hat.

Zweitens. Als ich nicht mehr im Amt war, hat der Landtag mit allen Stimmen außer meiner eigenen beschlossen, dass die ganze Verteilung von Mitteln in Zukunft die Universität alleine vorzunehmen hat. Damit haben wir keinen Zugriff mehr auf einzelne Lehrämter und Lehraufgaben, auch nicht mehr in der Musik. Das ist Fakt und ist zu bedenken.

Drittens. Die Musik ist deshalb nicht bedacht und zurückgestellt worden, weil sie am teuersten ist; denn in der Musik muss man jedem Einzelunterricht geben. Die Vorlesungen kommen dazu. In Geografie können Sie 50 Leute zusammen auf eine Exkursion schicken. Das macht die Universität lieber. Drei Anträge sind nacheinander gescheitert, weil die Universitäten nicht das erledigt haben, worum der Landtag sie

jeweils gebeten hat. Insoweit ist der Vorwurf gegenüber dem Haus nicht gerechtfertigt. Im Sommer haben wir im Übrigen gemeinsam einen Antrag verabschiedet, der das hoffentlich abstellt. Daran darf ich erinnern.

(Beifall bei der CSU)

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Goppel, vielen Dank. Ich finde es auch gut, dass wir alle zumindest verbal immer dafür sind, die Lehrbeauftragten gerade an den Musikhochschulen zu stärken. Das würde ich auch unterstützen. Ich habe vorhin in meiner Rede ausdrücklich angemerkt, dass es eine Erhöhung der Saläre gegeben hat. Allerdings löst das das Problem an der Stelle nicht; denn wir brauchen letztlich Planstellen. Für die Planstellen müssen wir beim Haushalt ansetzen und die Musikhochschulen anders ausfinanzieren. Das ist bisher nicht geschehen.

Wir reden über einen Anteil der Lehrbeauftragten von 50 %. Ich gebe Ihnen recht: Musikunterricht ist sehr aufwendig; aber gleichzeitig trägt er zur weltweiten Ausstrahlung des Kulturstandorts Bayern bei. Sehr viele ausländische Studierende in Bayern besuchen die Musikhochschulen und schätzen deren Lehrqualität. Allerdings darf das nicht auf dem Rücken der Lehrbeauftragten ausgetragen werden. Eigentlich sind die Lehrbeauftragten dafür da – ich habe mir das Gesetz genau angesehen –, Kapazitätsengpässe abzufangen oder den Unterricht in Nischenfächern abzudecken, die nicht zur Regellehre an Musikhochschulen gehören. Da gibt es momentan eine Diskrepanz, meines Erachtens auch einen Missbrauch. Aber zu sagen, die Hochschulen könnten das selber in den Griff bekommen, ist Augenwischerei. Wir müssen beim Haushalt ansetzen und unter Umständen bei den Zielvereinbarungen etwas die Daumenschrauben anlegen. Nur mit mehr Planstellen können wir an der Stelle etwas voranbringen.

Ich möchte Sie bitten: Setzen Sie noch mal beim Haushalt an! Jetzt haben wir zwar ein bisschen kosmetisch eingegriffen, und sicherlich sind auch zehn Euro mehr etwas wert; aber ich glaube, wir müssen das Problem grundsätzlich angehen, um den Menschen zu helfen. Gerade die Musikerinnen und Musiker, die an den Musikhochschulen

lehren, sind Überzeugungstäter. Sie sind einfach aus Idealismus bereit, auch Altersarmut in Kauf zu nehmen, um mit jungen Menschen zu arbeiten. So etwas dürfen wir nicht ausnutzen. Damit müssen wir uns befassen. Ich bitte Sie, gemeinsam zu helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir Haushalts-, Schul- und Kulturpolitiker in der CSU-Fraktion arbeiten eng zusammen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und Bayern ist Bildungsland Nummer eins!)

Das ist wichtig. Wir teilen uns auch die Darstellung. Die Kollegen Hans Herold und Gerhard Waschler haben schon sehr präzise und überzeugend zum Schulhaushalt Stellung genommen. Der Kollege Oliver Jörg, mit dem wir auch sehr eng zusammenarbeiten, wird vor allen Dingen den Kulturhaushalt vorstellen. Ich möchte auf den Wissenschaftshaushalt eingehen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ein bisschen lauter! – Isabell Zacharias (SPD): Herr Freller, wir verstehen Sie nicht!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, fahren Sie bitte das Mikrofon ein bisschen höher. Gestern haben wir Sie auch schon so schlecht verstanden. – Danke.

Karl Freller (CSU): Ich bitte darum, das von der Zeit abzurechnen. Sprechprobe: eins, zwei, drei. – Gut; irgendetwas war abgeschaltet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rede jetzt in der entsprechenden Lautstärke, damit es jeder hört und vor allem mein Beitrag von niemandem überhört wird, der ihn gerne überhören würde. Wir haben heute einen Haushalt zum Wissenschafts- und Bildungsbereich vorgelegt, der mit 38 Milliarden Euro in der Tat ein Rekordhaushalt ist. 38 Milliarden Euro von den etwa 118 Milliarden Euro, die wir insgesamt beschließen, gehen in unsere Schulen, in

unsere Wissenschaft und in unsere Kultur. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Rekordhöhe nicht nur für Bayern. Ich bin sicher, dass sich andere Bundesländer neidisch nach Bayern umdrehen. Lieber Herr Piazzolo, mich hat vorhin etwas geärgert. Es ist demagogisch, zu fordern, nicht so zu tun, als ob es überhaupt keine Probleme gäbe. Bei 110.000 Lehrkräften, 5.500 Schulen und 1,6 Millionen Schülerinnen und Schülern wird es immer Probleme geben. Ihr habt schon in eurer 19-Mann-Fraktion einen Haufen Probleme. Dann gibt es sie natürlich auch woanders.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das sage ich nur, um das mal beim Namen zu nennen. Aber die anderen Länder beneiden uns darum, dass es in Bayern so wenige Probleme gibt, weil sie viel mehr Probleme haben. Das sollte deutlich betont werden. Ich bin im Haushaltsausschuss seit drei Jahren für den Hochschulhaushalt zuständig. Ich stelle jedem, der nicht glaubt, was Bayern für seine Hochschulen tut, die Unterlagen Bau zur Verfügung. Daraus geht hervor, was wir alleine in den letzten drei Jahren an Baumaßnahmen in Millionenhöhe geleistet haben. Allein letzte Woche im Haushaltsausschuss haben wir für 250 Millionen Euro – das ist eine viertel Milliarde Euro – ausschließlich Hochschulbaumaßnahmen beschlossen. Und da tun Sie so, als ob wir dieses Feld in Bayern vernachlässigten. Kein anderes Land kann dank Gott sei Dank guter Einnahmen so viel investieren. Aber wir tun es auch. Wir reden nicht viel darüber. Es geschieht. Gehen Sie doch raus. Schauen Sie sich die Hochschulen an. Schauen Sie sich die Schulen und Hochschulen an. Dann werden Sie sehen, was dort alleine in den letzten Jahren gemacht und gebaut worden ist. Ich mag diese Jammerei nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Doch, mich regt das schon auf, weil ich sehe, was wirklich geleistet wird. Ich bin ein Mensch, der es ausspricht, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Niemand streitet ab, dass da und dort Verbesserungen nötig sind.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): Jeder sieht, dass manches Bauwerk renoviert werden muss. Aber ich möchte endlich einmal zum Ausdruck bringen, was in der Summe getan wird.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): – Nein, im Moment nicht, das stört mich. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, Sie brauchen sich über manche Wahlergebnisse nicht zu wundern. Ich hatte in der Verwandtschaft eine alte Frau. Sie war schwer krank. Sie hatte Schmerzen. Sie hat nie geklagt. Auf die Frage hin, warum Sie eigentlich nicht klagt, hat sie eine Antwort gegeben, die eine Lebensphilosophie darstellen kann. Sie hat gesagt: Wer jammert, bekommt keinen Besuch. – Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Wer jammert, bekommt keinen Besuch. Eure Jammerei führt dazu, dass euch niemand mehr glaubt. Sie führt dazu, dass euch niemand haben will. Sie führt vor allem zu einer totalen Verfälschung der Wirklichkeit.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch ein paar Zahlen bringen. Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben in dem Haushaltsplan alleine bei der Weiterentwicklung exzellenter Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit insgesamt 704,5 Millionen Euro und 4.240 Stellen optimale Eingangsbedingungen für die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger geschaffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir legen einen Haushalt vor, der vor allem eines sicherstellt, nämlich dass wir nicht nur in den Metropolen exzellente Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben. Wir gehen ins Land, wir gehen in die Fläche. Wir gehen auch in kleinere Städte mit Hochschuleinrichtungen, weil uns sehr wohl bewusst ist, dass eine Regionalpolitik so sein muss, dass jemand ziemlich nah an seinem Heimatort studieren und dort eine universitäre Ausbildung bekommen kann.

(Beifall bei der CSU)

Schauen Sie sich deutschlandweit um, wo es eine vergleichbare Praxis gibt, wie wir sie seit Jahren pflegen. Ich möchte hier ein großes Kompliment an das Kultusministerium und an das Wissenschaftsministerium aussprechen: Lieber Minister Spaenle, lieber Staatssekretär Sibler, ich sage herzlichen Dank, dass ihr euch so reingehängt habt. Ihr habt die Diskussionen miterlebt. Sie waren nicht immer leicht. Das ist ein gewisses Wagnis. Wenn es an dem einen oder anderen Ort vielleicht nicht hundertprozentig funktionieren sollte, so hat sich die Mühe trotzdem auf jeden Fall gelohnt, weil das in der Summe funktionieren wird. Ich freue mich auf diese Einrichtungen. Ich habe inzwischen selber welche besucht. Wir haben in jedem Regierungsbezirk solche Einrichtungen. Etliche Kollegen waren betroffen und haben sich intensiv dafür eingesetzt, dass sie vor Ort kommen. Ich meine, da haben wir einen Wurf gemacht, der sich sehen lassen kann. Wir werden alles dafür tun, damit sich das auch fortsetzt.

Ich möchte als Nächstes etwas zu den Technologietransferzentren sagen, die wir geschaffen haben. Es gibt nichts Besseres, als den Forschergeist, die Neugierde und den Drang junger Menschen, etwas Kreatives zu schaffen, mit der Wirtschaft und Industrieunternehmen zu kombinieren. Was kann einem Land Besseres passieren, als dass Ideen junger Menschen von Unternehmen aufgenommen und in die Wirklichkeit der Wirtschaft umgesetzt werden? Das ist das Beste, was einem Land an Innovation passieren kann. Deshalb stehe ich dahinter, diese Technologietransferzentren weiterhin zu fördern, und zwar so, dass sie einen Sockelbetrag von mindestens 300.000 Euro bekommen, damit auch die Kommunen wissen, dass sie über fünf Jahre hinaus eine gewisse finanzielle Sicherheit für diese Zentren haben.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch vieles zu sagen. Ich erinnere: Wir haben ein ganzes Uniklinikum aus dem Boden gestampft. Der Ministerpräsident hat für Augsburg ein Versprechen abgegeben, als er vor einigen Jahren dort war. Er hat sein Versprechen punktgenau gehalten. Es wird ein Uniklinikum in Augsburg geben. Das ist eine

großartige Sache für die Schwaben. Da gratuliere ich herzlich. Es sei ihnen gegönnt, weil es nötig ist, dass dieser Regierungsbezirk bedacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Einen Moment, es gibt noch eine Zwischenbemerkung, und dann bekommen Sie zwei Minuten.

Karl Freller (CSU): Augenblick bitte, ich will erst zum Ende kommen. Ich möchte meinem Kollegen Oliver Jörg, der ein ausgesprochen ausgewiesener Hochschul- und Kulturpolitiker ist, nicht die Zeit nehmen. Deswegen schließe ich an dieser Stelle und danke mich herzlich bei allen, die in unserer Fraktion mitgewirkt haben, um diesen tollen Haushalt zu bekommen. Danke.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte hierbleiben! Hallo, Herr Freller, die Frau Zacharias hat eine Zwischenbemerkung.

Isabell Zacharias (SPD): Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen zu den Doppelhaushaltsverhandlungen zum Einzelplan 15, Herr Freller. Ich komme zu meiner ersten Nachfrage. Wir haben die CSU-Fraktion gestern und heute schon mehrfach gehört. Sie ziehen eine Langspielplatte mit dem Ländervergleich aus Ihrer Mottenkiste, was die anderen Länder alles schlechter machen und wie großartig Bayern ist. Ich frage Sie deswegen, Herr Freller: Stimmt es, dass Bayern in der Frage des Studierens an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei der Förderung pro Studierender im unteren Drittel liegt? Konkret: Stimmt es, dass die Studierenden in Bayern an HAWs fast am wenigsten Förderung pro Studierendem bekommen?

Ich komme zu meiner zweiten Frage. Sie haben mehrfach die Exzellenzuniversitäten Bayerns genannt. Ist Ihnen bewusst, dass die Gelder zu 100 % vom Bund kommen, nicht aus Ländermitteln?

Karl Freller (CSU): Sie sprechen Selbstverständlichkeiten an. Das hat niemand in Zweifel gezogen.

(Isabell Zacharias (SPD): Antworten!)

Übrigens: Es bedarf auch guter Verhandlungen bei der Kultusministerkonferenz und in Berlin. Hätte die CSU keinen solchen starken Einfluss in Berlin, wären viele Gelder überhaupt nicht nach Bayern geflossen. Das muss man mal deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Lesen Sie zu Ihren anderen Punkten bitte die Haushaltszahlen. Wir können uns mehr als sehen lassen. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen. Bitte schaut euch den Haushalt an, wer immer Interesse hat.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eine Antwort auf die Frage wäre nicht schlecht! –

Margit Wild (SPD): Antworten!)

Ich habe die 1.600 Seiten stets auf meinem Schreibtisch. Ich schlafe nicht darauf, lese sie aber fast täglich. Ich kann Ihnen jede Zahl nennen, die Sie mich abfragen. Allerdings bräuchte ich die 1.600 Seiten auf dem Tisch.

(Isabell Zacharias (SPD): Danke schön!)

– Bitte schön.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Jörg.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Seit mehreren tausend Jahren beschäftigen sich vor allem Haushaltspolitiker damit, was ein guter Haushalt ist. Pittakos, der um 700 vor Christus gelebt hat, sagt: Nichts Überflüssiges soll er wollen und nichts Notwendiges entbehren. – Genau darüber streiten wir jetzt seit zwei Tagen sehr intensiv. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Opposition hält

uns vor, wir würden über zwei Tage nur das Goldene erzählen. Ich drehe den Spieß um: Warum reden Sie über zwei Tage hinweg Bayern nur schlecht?

(Beifall bei der CSU)

Wir sind nicht blind draußen. Klar hätte ich als Hochschulpolitiker gern noch mehr Geld in der Anlage S. Ich würde gern noch mehr für die Unikliniken machen. Das ist doch selbstverständlich. Aber ich denke, dass hier insgesamt ein sehr guter, gelungener, ausgewogener Haushalt vorliegt. Was würde Pittakos für Hochschule und Kultur in den Mittelpunkt stellen? – Einerseits würde er Exzellenz an den Hochschulen in den Mittelpunkt stellen, andererseits in der Tat den einzelnen Studierenden, den einzelnen Lehrbeauftragten, die einzelne kleine HAW genauso nicht aus dem Blick verlieren. Selbstverständlich gibt es Baustellen für die Zukunft. Aber wir sind gleichwohl auch hier gut unterwegs. Ich sage noch einmal, vor allem zu den GRÜNEN: Das Themenfeld Lehrbeauftragte wird in jedem Bundesland genauso gehandhabt. Da brauchen Sie hier in Bayern nicht groß aufzusprechen.

Exzellenz, liebe Kollegin Zacharias, heißt, dass der Freistaat Bayern 40 Millionen Euro mitgibt, wenn wir in Würzburg ein Helmholtz-Zentrum bauen und wenn wir in Erlangen mit dem Max-Planck-Institut weiterkommen. Beim Leibniz-Institut in Bamberg gibt der Freistaat auch etwas mit. Wir wollen auch bei der Digitalisierung exzellent unterwegs sein und kehren deshalb 20 "Digiprofs" und zehn Nachwuchswissenschaftlergruppen aus. Wo gibt es so etwas sonst in Deutschland?

Andererseits wird – lieber Charly Freller, du hast es unterstrichen – der ländliche Raum gestärkt. Eines ist ganz spannend: Die Wertschöpfung eines akademisch Ausgebildeten liegt in einer Metropole bei ungefähr bei 150.000 Euro, während sie im ländlichen Raum bei 350.000 Euro liegt. Ich finde Drittmittel nichts Schlechtes. Im Übrigen ist es überhaupt nicht so, dass Drittmittel von irgendwoher oder nur von Unternehmen kämen. Die meisten Drittmittel kommen steuerfinanziert aus Töpfen, die ei-

gentlich wieder die Gemeinsamkeit der Steuerzahler hinterlegt. Deswegen sind sie nichts Schlechtes.

Ich finde, die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften können stolz sein. Sie haben in den letzten 20 Jahren ihre Drittmittelquote von 10 Millionen DM auf 100 Millionen Euro gehoben. Das war für uns Signal genug, die HAWen draußen vor Ort noch enger mit der Wirtschaft zusammenzubringen, weil in ihr, lieber Erwin Huber, die Musik steckt, um in der angewandten Forschung noch weiterzukommen.

Deswegen ein Dankeschön, vor allem meiner Fraktion und meinem Fraktionsvorsitzenden dafür, dass wir in der angewandten Forschung noch mehr machen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es gibt 47 weitere Stellen, um an den bayerischen HAW mehr angewandte Forschung betreiben zu können.

(Beifall bei der CSU)

Danke schön, lieber Peter Winter, für deine Hilfe: 120 Stellen für die Region, das Themenfeld, das mein Kollege, lieber Charly Freller, vorhin angesprochen hat.

Wenn ich Pittakos zugrunde lege, heißt das für die Kulturpolitik, dass wir einerseits die großen Leuchttürme unterstützen und andererseits bei den nicht staatlichen Museen, Orchestern und Theatern in der Fläche genauso wirken. Dass Bayern in den letzten vier Jahren allein dafür eine viertel Milliarde Euro draufsattelt, soll jemand anderer einmal nachmachen. Der Haushalt im Kulturbereich steigt um 25 %. Das ist ausschließlich und einzig meiner Fraktion zu verdanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Deutsche Kulturrat – geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ihr könnt stolz sein – bescheinigt Bayern, dass wir für die Kultur in ganz Deutschland am meisten tun. Wir machen im Übrigen dreimal so viel wie die Nordrhein-Westfalen, obwohl sie sogar mehr Einwohner haben. Ein Dank an alle, die draußen den Job machen, an die Wissenschaftler, an die Kulturschaffenden, die draußen unterwegs sind, an die Dirigenten

und alle anderen, die den Job täglich machen! Wir können Partner sein und unterstützen.

Ich finde eines problematisch, nämlich dass Sie hier mehr, mehr und mehr fordern, aber in den anderen Bundesländern, wo Sie unterwegs sein könnten, die Hochschulmittel, die eigentlich aus dem BAföG kommen, nicht für die Hochschulen einsetzen. Bei Thüringen sind es nur 50 %.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Aber Sie bekommen zwei weitere Minuten.

Oliver Jörg (CSU): In Brandenburg sind es nur 27 % und in Schleswig-Holstein 0 %.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Professor Piazzolo hat noch eine Zwischenbemerkung.

Oliver Jörg (CSU): Da tragt ihr Verantwortung.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Professor Piazzolo, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Oliver Jörg, mir ist gerade jetzt, aber auch schon in den letzten zwei Tagen aufgefallen, dass sich die Redner der CSU für Ausgaben immer bei den Rednern der CSU-Fraktion bedanken.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt halt! – Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer – Weitere Zurufe von der CSU)

– Wo denn sonst, lieber Herr Pschierer? Das Geld kommt nicht aus der Tasche der Abgeordneten; es ist das Geld der Steuerzahler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Karl Freller (CSU): Haben Sie gestern meine Rede nicht gehört? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das haben nicht die Abgeordneten gezahlt, lieber Herr Pschierer.

Oliver Jörg (CSU): Wir haben uns mehrmals bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bedankt.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte etwas Ruhe!

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle bei den Steuerzahlern bedanken.

(Karl Freller (CSU): Ich habe gestern in meiner Rede groß gedankt! Sie hören nicht zu!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das Wort hat Herr Professor Piazolo.

(Karl Freller (CSU): Sie behaupten etwas, was nicht stimmt! Ich habe gestern einen großen Dank an die Steuerzahler ausgesprochen!)

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Beruhigen Sie sich ein bisschen, lieber Herr Freller. Weil es sonst zu kurz kommt, möchte ich mich an dieser Stelle bei den Bürgern und den Steuerzahlern bedanken. Sie sind es, die das Geld geben, und nicht die Kollegen der CSU-Fraktion, die sich jetzt gegenseitig Lob zuschustern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Oliver Jörg (CSU): Dazu sollte man eigentlich gar nichts sagen; denn das war unlauter. Wenn sich so viele Kolleginnen und Kollegen über alle Fraktionen hinweg beim Steuerzahler bedankt haben, ist das unlauter. Wissen Sie, wir stehen in der Verant-

wortung und müssen den gesamten Haushalt im Blick haben. Klar würden wir in Einzelbereichen gern noch mehr machen; das ist doch völlig logisch. Aber das ist eine Milchmädchenrechnung.

Eines ist auch nicht lauter, vor allem von den FREIEN WÄHLERN und von der SPD: Es ist schwierig, wenn nur Anträge gestellt werden, aber keine Gegenfinanzierung ausgewiesen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Da lobe ich mir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben für alle Anträge komplett eine Gegenfinanzierung vorgeschlagen. Aber man muss wissen, womit die 82 Millionen Euro im Hochschulbereich gegenfinanziert werden sollen. Wissen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was deren Gegenfinanzierung bedeutet? – Streichung des Betreuungsgeldes und komplette Streichung des Landeserziehungsgeldes.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Als Gegenfinanzierung wird weiter eine Senkung bei den Ausgaben für den Verfassungsschutz vorgeschlagen. Ich sage Ihnen eines: Es ist nicht fair, die akademische Ausbildung gegen die Familien und die Sicherheit auszuspielen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt von Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Kollege Jörg, ich bezweifle zwar, dass Sie es nach meinem Wortbeitrag kapieren werden. Sie werden immer noch wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten. Die SPD macht in ihrem Haushalt mehrere Gegenfinanzierungsvorschläge. Es ist ihr Problem, wenn Sie als CSU und als Staatsregierung nicht bereit sind, endlich genügend Personal bei der Steuerverwaltung einzustellen,

(Widerspruch des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

und wenn Sie nicht bereit sind, die bestehenden Steuergesetze in Bayern auch gegenüber Vermögensmillionären und -milliardären anzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht unser Problem der Gegenfinanzierung. Wenn Sie als CSU nicht bereit sind, Ihrem Finanzminister endlich zu sagen, er soll auf Bundesebene den Weg für eine Vermögensteuer freimachen, welche die mehrfachen Vermögensmillionäre einbezieht, wenn Sie nicht bereit sind, Erbschaftsteuern zum Beispiel von Familien wie Engelhorn einzufordern, wo es um Milliardenbeträge geht, brauchen Sie uns nicht vorzuwerfen, dass wir keine Finanzierung für diesen Haushalt haben. Wir haben es Ihnen zigmal vorgerechnet. Wir haben zigmal Anträge gestellt, die an Ihrem Widerstand und wegen Ihrer Unterstützung von Vermögensmillionären und -milliardären immer wieder gescheitert sind. Schämen Sie sich für diese Position!

(Beifall bei der SPD)

Oliver Jörg (CSU): Es ist ja wunderbar, wenn hier dem Hohen Hause klar wird, wie sich die unterschiedlichen Politikansätze gestalten. Es ist nicht die Philosophie meiner Fraktion, den Leistungsträgern die Kohle aus der Tasche zu ziehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Steuererhöhung. Wir wollen mit dem Geld zurechtkommen, das uns zur Verfügung steht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Räumt den Laden in euren Ländern auf, zum Beispiel in der Kultur, wo nur noch überall gejammert wird. In Nordrhein-Westfalen müssen die teuersten Gemälde – Andy Warhol für 120 Millionen Euro – verscherbelt werden, die bei der WestLB übrig geblieben sind. Ein Ausverkauf der Kultur! Ein Ausverkauf der Kultur findet auch in Mecklen-

burg-Vorpommern statt, wo mehrere Staatstheater und Landestheater zusammengelegt werden, ein Ausverkauf auch in Thüringen. In Thüringen werden Orchester zusammengelegt, aber nicht wegen Synergieeffekten, sondern um zu sparen, zu sparen und zu sparen. In Bayern – da freue ich mich – blüht die Hochschullandschaft. In Bayern blüht die Kultur, in anderen Bundesländern verblüht sie.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Spaenle zum Rednerpult.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, hohes Haus! Recht hat er.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Bildung und Erziehung, Forschung und Entwicklung, Kultur und Kunst sind das, was Landespolitik im Innersten zu leisten hat. Es geht um die Zukunft unserer jungen Menschen. Es geht um die Frage, wie leistungsfähig unser Wissenschaftssystem ist und ob wir in der Lage sind, in Forschung und Entwicklung international konkurrenzfähig zu sein. Es geht um die Ausschöpfung von Bildungschancen. Es geht darum, was unser Land im Innersten zusammenhält: kulturelle Identität, künstlerisches Schaffen.

In vier Punkten entwickeln wir die Bildungspolitik in Bayern weiter.

Im nationalen Vergleich stehen wir nach der letzten IQB-Studie zu den Leistungen und Möglichkeiten der jungen Menschen in den 9. Klassen aller weiterführenden Schularten so schlecht nicht da. In dieser Untersuchung wurde vor uns kein anderes Land mit solchen Bildungschancen entsprechend qualifiziert. Das sind Fakten. Das ist die Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit.

Erstens geht es darum, dass wir das differenzierte Bildungswesen weiterentwickeln. Diese Studie sagt nämlich auch, dass die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen für

Bildung eine ganz wesentliche Ursache für die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit darstellt. Das tun wir, und wir tun dies auch für die Schulart, die mit 40 % eines Jahrgangs für die meisten jungen Menschen in diesem Land die Wahrnehmung ihrer Bildungschancen bedeutet. Wir tun dies nach einem klaren, geordneten Fahrplan, den wir öffentlich kommuniziert haben. Dafür bin ich meiner Fraktion sehr dankbar. Wir werden dies, lieber Kollege Gerhard Waschler und Kollegen, auch Punkt für Punkt so abarbeiten.

Das Zweite ist, dass wir darauf achten, dass es in diesem differenzierten Bildungswesen für jeden Abschluss einen Anschluss gibt. Dass heute an den Fachoberschulen in unserem Land inzwischen anteilig genauso viele junge Menschen mit Migrationshintergrund – Kinder mit Zuwanderungshintergrund – ihren Weg nehmen wie in einem Normaljahrgang an Bayerns Schulen, bedeutet die Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit. Sie sollten sehen, dass 40 % eines Jahrgangs in Bayern ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht am Gymnasium, sondern an Beruflichen Oberschulen erwerben. Dass in Bayern jährlich etwa noch einmal so viele junge Menschen das Abitur oder eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, indem sie einen Meistertitel erlangen oder andere vergleichbare Ausbildungsgänge des dualen Ausbildungswegs abschließen, bedeutet Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit.

Der dritte Punkt ist die Tatsache, dass wir dafür Sorge tragen, dass die Übergänge begleitet werden, zum Beispiel indem in den unteren Klassen an bayerischen Gymnasien Grundschullehrkräfte dafür Sorge tragen, dass die aufnehmende Schule auch die Blickweise der abgebenden Schule kennenlernt und begleitet. Auch wird dafür Sorge getragen, dass jungen Menschen, die dies brauchen, die Möglichkeit eröffnet wird, dass sie von jedem Punkt ihres Bildungsweges aus Anschluss finden und dabei mit besonderen Angeboten unterstützt werden.

Viertens achten wir darauf, dass die jungen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit die Bildungszeit durch unser Schulsystem angeboten bekommen, die sie brauchen. Das zeigt das Modell der flexiblen Grundschule, wo die ersten zwei Jahrgangsstufen und

deren Inhalte in einem, zwei oder drei Jahren absolviert werden können. Das Modell des mittleren Abschlusses an der Mittelschule mit einem 9-plus-2-Zeithorizont in 11 statt 10 Jahren ist ein anderes Beispiel. Die Einführungs- und Vorklassen an den Beruflichen Oberschulen oder den Gymnasien eröffnen jungen Menschen den Weg, die einen mittleren Abschluss gemacht haben, und räumen zusätzliche Lernzeit ein. Das ist Teil unserer Überlegungen auch zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums.

Eine der größten Herausforderungen, die uns die jüngere Geschichte aufgegeben hat, haben wir für jene jungen Menschen im Bildungssystem zu meistern, die mit dauerhafter Bleibeperspektive bei uns Schutz und Hilfe suchen. Dies tun wir mit einer ganz enormen Kraftanstrengung. Ich möchte an dieser Stelle den über 100.000 Lehrkräften und auch den Schulverwaltungen, die diese Arbeit leisten, ein ganz großes Dankeschön aussprechen. Das ist gelebte Integration.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dafür setzt sich der Freistaat Bayern ein, und dafür danke ich dem Hohen Hause, insbesondere aber meiner Fraktion. Ich darf auf die Bibel zurückkommen, Johannes 2, 1 – 6: "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen." Diese Landtagsfraktion hat zum ersten Mal, seit ich diesem Hohen Hause angehöre, beschlossen, dass im Januar dieses Jahres 1.079 zusätzliche Planstellen in einem Nachtragshaushalt, was zuvor noch nie der Fall war, zur Verfügung gestellt wurden. Einschließlich weiterer Beschäftigungsmöglichkeiten wurden über 160 Millionen Euro bereitgestellt, um diese Kraftanstrengung an Bayerns Schulen stemmen zu können.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Kw-Stellen sind ein gängiges Haushaltsmittel,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

über deren Behandlung dann entschieden wird, wenn die kw-Stelle bezeichnet ist. Das ist in diesem Fall im Jahr 2019. Das gilt im Gegenwert von, glaube ich, 5.000 Planstellen, die insgesamt ausgebracht wurden, um diese Herausforderung der Integration meistern zu können – natürlich auch in diesem Bereich: für die Schulen in unserem Land.

Wissenschaft und Forschung, Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gestalten Bayern zu einem der attraktivsten Wissenschaftsstandorte in der Republik mit weltweiter Konkurrenzfähigkeit. Mit knapp 381.000 Studierenden – allein 66.000 Erstsemestern in diesem Wintersemester – haben wir ein neues Allzeithoch erreicht.

Wir haben – auch als Teil der Koalition auf Bundesebene – dafür gesorgt, dass die Pakte, darunter der Hochschulpakt, verlängert worden sind. Der Hochschulpakt ist mit den Anstrengungen, die der Freistaat Bayern aus eigenen Zusatzmitteln übernimmt – das ist jeweils die Hälfte –, so ausgelegt, dass wir bis 2023 gemeinsam mit dem Bund einen Zuwachs an Studienplatzkapazität leisten können.

Die angesprochenen 50.000 Studienplätze beziehen sich – auch da muss man genau hinschauen – auf Studierende in der Regelstudienzeit. Bei diesen 50.000 Studienplätzen sind die Studierenden an nichtstaatlichen Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen nicht dabei. Man muss also immer etwas genauer hinschauen. Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung, die hier geleistet wird.

Wir brauchen Exzellenz in der Forschung. Dies erreichen wir durch große Investitionen in diesem Bereich. Was die Fortentwicklung der Exzellenzinitiative zur Exzellenzstrategie angeht, bin ich sehr dankbar, dass das Hohe Haus ermöglicht, dass wir uns in entsprechendem Rahmen engagieren. Das sind eben nicht nur Bundesmittel; da liegt man einfach falsch. Da sind drei Teile vom Bund und ein Teil vom Land. Auch hier leistet der Freistaat Bayern also seinen Anteil. Wir gehen davon aus, dass auch in der kommenden Runde, die in diesen Tagen mit der Vorlage der entsprechenden Anmel-

dungen zum 1. Dezember begonnen hat, der Freistaat Bayern wieder überdurchschnittlich gut wird abschneiden können.

Wir investieren in die Fläche; das ist angesprochen worden. Hier gilt wiederum: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. 140 Millionen Euro stehen dem Freistaat Bayern jährlich aus Mitteln zur Verfügung, die dadurch freigeworden sind, dass die BAföG-Mittel in Höhe von 2,5 Milliarden Euro insgesamt vom Bund übernommen werden. Da gilt es hinzusehen, wer was macht. Ich darf dem Kollegen Jörg sehr dankbar sein, dass er das genau herausgearbeitet hat. Bayern ist eines der wenigen Länder, die diese 140 Millionen Euro auf Euro und Cent und weitere 20 Millionen Euro für den Bereich der schulischen Bildung in Wissenschaft und Forschung investieren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Schere zwischen drittmittelgestützten Beschäftigungsmöglichkeiten, Forschungsmöglichkeiten, Lehrsituationen und jenen, die auf der Grundausstattung basieren, aufgegangen ist. Warum ist das so? – Weil Bayerns Hochschulen besonders erfolgreich sind, weil sie in exzellenzorientierten, leistungsorientierten Wettbewerben diese Projektmittel gewonnen haben.

Auch hier gilt es, genau hinzuschauen. Es herrscht ein Verhältnis vom 3 : 1 – auch der Kollege Jörg hat das angesprochen –, was staatliche Drittmittel, etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Einrichtungen, in Relation zu nichtstaatlichen Drittmitteln aus der Wirtschaft und von anderen Drittmittelgebern nichtstaatlicher Natur anbelangt, die an Bayerns Hochschulen fließen.

Die Rückstellungen, die Sie angesprochen haben, haben schlicht und einfach damit zu tun, dass die Mittel des Ausbauprogramms dann abgearbeitet werden, wenn bestimmte Projekte an den Hochschulen umgesetzt werden. Deswegen gibt es diese sogenannten Haushaltsreste, die die Hochschulen in diesem Bereich auf der hohen Kante haben. Bei diesen Summen sind nicht die Drittmittel gemeint, die ich gerade an-

gesprächen habe und die natürlich im Rahmen des Innovationsbündnisses sichergestellt sind, damit sie auch ins kommende Haushaltsjahr übertragen werden können.

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit inzwischen 17 staatlichen und 2 kirchlichen Hochschulen haben das Netz der Hochschulen insgesamt, zusammen mit den neun Landesuniversitäten, in den vergangenen 20 Jahren auf 30 Standorte wachsen lassen.

Auch hier muss man genau hinschauen, und es ist immer gut, wenn man dann auch Zahlen bereit hat. Die Betreuungssituation und der Aufwand pro Kopf eines Studierenden an einer HAW beträgt gemäß den Zahlen von 2014 in Bayern 4.680 Euro und knapp 4.000 Euro im Bundesdurchschnitt. Auch diese Zahlen, die genannt wurden, sind falsch.

Wir müssen uns trotzdem weiter anstrengen. Dies tun wir. Wir haben nämlich aus diesen 140 Millionen Euro, die jährlich zur Verfügung stehen, die Grundausstattung jeder Hochschule und jeder bayerischen Landesuniversität insgesamt angehoben. Wir haben den Zuführungsbeitrag für Forschung und Lehre an den bayerischen Uniklinika angehoben. Dies muss weitergehen; das sage ich ausdrücklich.

Wir haben die Möglichkeit eröffnet bekommen, und dies ist bundesweit einmalig – da nehmen wir den Widerspruch des Wissenschaftsrats auch hin –, weitere 30 Standorte mit wissenschaftsgestützten Angeboten in der Fläche zu schaffen. Wir sind dabei, sie zu schaffen, weil diese zusätzlichen Standorte, wie etwa die erste Generation der Technologietransferzentren ausweist, für Menschen in der Region sowohl ein akademisches Studium wie auch akademische Berufsperspektiven auf der einen Seite aufzeigt und auf der anderen Seite angewandte Forschung für regionale wirtschaftliche Landschaften mit besonderen Profilen ermöglicht.

Diese Instrumente haben wir neu geschaffen oder verstetigt. Wir haben die Mittel für die Technischen Hochschulen in Höhe von einer Million pro Jahr verstetigt. Wir können für die Technologietransferzentren der ersten Generation, die sich jetzt in Evaluierung

befinden – der Kollege Freller hat es angesprochen – in Zukunft eine Grundfinanzierung im Schnitt von 300.000 Euro zur Verfügung stellen, in Einzelfällen auch mehr.

Wir haben 30 Standorte mit einem speziellen Studienangebot oder einem entsprechenden Angebot der angewandten Forschung neu geschaffen, an denen wir die Möglichkeit der Wahrnehmung akademischer oder forschungsgestützter Angebote eröffnen. Das ist praktische angewandte Wissenschaftspolitik, für die wir im größten Flächenstaat die Verantwortung tragen. Das ist unsere Aufgabe. Wir haben in diesem System mit 1,7 Millionen Schülern, über 100.000 Lehrkräften, 380.000 Studierenden, über 6.600 Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern in einer Zahl im fünfstelligen Bereich täglich Anforderungen zu meistern und Probleme zu beseitigen. Wir müssen uns täglich anstrengen, um unserem Auftrag, Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten, gerecht zu werden. Das ist doch selbstverständlich, das hat doch nichts mit Schönreden zu tun. Wir stellen uns dieser Aufgabe, weil wir uns verpflichtet fühlen, für die Menschen in diesem Land Rahmenbedingungen für die Verwirklichung von Bildungschancen zu schaffen. Das sehen wir als Auftrag, und das ist unser Grundverständnis von Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Kunst und Kultur prägen unser Land im Kern. Wir haben in der Kunst- und Kulturpolitik genauso wie in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik den Auftrag, für die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen zu sorgen. Wir tragen für eine wohnortnahe Beschulung Sorge. Wir tragen mit der bundesweit einmaligen Strategie, die ich gerade beschrieben habe, dafür Sorge, dass das akademische Angebot zu den Menschen kommt und nicht umgekehrt. Ebenso tragen wir in der Kunst- und Kulturpolitik dafür Sorge, dass die Entwicklung in den Landesteilen gleichmäßig verläuft. Natürlich gibt es große Leitprojekte wie etwa die Konzertsäle in München oder Nürnberg. Wir haben aber auch große Museumsprojekte wie etwa das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg mit einem Investitionsvolumen von knapp 70 Millionen Euro oder das neue Museum für Franken in Würzburg, für das wir zusammen mit der Sanierung

der Festung Marienberg ein Investitionsvolumen von knapp 100 Millionen bereitstellen. Für dieses Projekt legen wir am Montag den Grundstein.

Mit solchen großen Leitprojekten tragen wir dafür Sorge, dass die Kultur in Bayern an vielen Standorten verwirklicht wird. Ich bin der Fraktion und den Kollegen im Fachausschuss sehr dankbar dafür, dass sie das Kulturprogramm in den letzten drei Jahren enorm weiterentwickelt haben, sodass wir die Mittel, die die Fraktionen angestoßen haben, im kommenden Doppelhaushalt verstetigen können. Wir haben für eine lange Liste von Projekten, die wir verwirklichen wollen, über 130 Millionen ausgewiesen. Wir wollen auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Entwicklung auf kulturellem Gebiet in den ländlichen Räumen und in den verdichteten Ballungsräumen im gleichen Maß verläuft, sodass wir das, was unser Land in besonderer Weise im Inneren zusammenhält, auf diesem Niveau fortsetzen können.

Ich darf mich herzlich bei den beiden Fachausschüssen und den Arbeitskreisleitern Prof. Gerhard Waschler und Oliver Jörg bedanken. Ich darf mich bei den Berichterstatern Karl Freller und Hans Herold bedanken, die mit großer Akribie im Haushaltsausschuss berichtet haben. Ich selbst konnte bei den Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss zugegen sein. Ich darf mich bei den Mitgliedern beider Ausschüsse und den Fachberichterstatern aller Fraktionen, die sich diesem Thema mit großer Intensität widmen, herzlich bedanken. Diese Arbeit bringt das zum Ausdruck, was für uns die oberste Leitschnur unseres Handelns ist: Wir wollen den Menschen in diesem Land dienen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit, weil sich die Abstimmungen einige Zeit hinziehen werden. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 8 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13589 und 17/13590, 17/13457 mit 17/13472, 17/13359 mit 17/13380 sowie 17/13517 mit 17/13532 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14633 zugrunde.

Vorweg lasse ich, wie von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt, über den Änderungsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/13517 betreffend "Schulische Angebote zur Demokratieförderung" in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Der Kollege Gehring möchte unter Berufung auf § 133 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Er hat dazu fünf Minuten Zeit.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Thomas Gehring.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Berichterstatterin der CSU beim Einzelplan 05 die Kollegin Sem war, und nicht der Kollege Herold.

Ich möchte jetzt aber mein Abstimmungsverhalten begründen. Dieser Antrag ist vor fünf Monaten geschrieben worden. Inzwischen ist aber einiges passiert, was mein Abstimmungsverhalten beeinflusst hat, und das möchte ich hier begründen. Das eine war die Wahl in den USA.

(Zurufe von der CSU: Was hat das damit zu tun?)

Wir reden hier über einen Antrag zum Thema schulische Bildung. Donald Trump ist in Amerika zum Präsidenten gewählt worden. Zu meiner politischen Bildung gehören die amerikanischen Demokratietheoretiker, die uns gelehrt haben, dass Demokratie nicht die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit ist, sondern dass es zur Demokratie immer gehört, die Minderheiten zu beachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Grundprinzip einer liberalen Demokratie verletzt Donald Trump, indem er Minderheiten beleidigt und ausgrenzt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Ein Grund für mein Abstimmungsverhalten ist auch das, was wir in unserem Nachbarland Österreich erlebt haben, die Hetze seitens eines FPÖ-Kandidaten, die Art und Weise, wie über Politik diskutiert wird. Deshalb müssen wir über die politische Bildung in unserem Land noch einmal ganz neu nachdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Abstimmungsverhalten wird auch damit begründet, was wir in unserem Land in den letzten Monaten gerade in den sozialen Netzwerken an Hetze, Hass, Häme und Unbildung erlebt haben.

(Zurufe von der CSU: Das waren doch wir nicht! – Ulrike Gote (GRÜNE): Zuhören! – Volkmar Halbleib (SPD): Er hat doch recht!)

Das sind Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die durch unser Schulsystem gegangen sind. Das begründet mein Verhalten, diesem Antrag zuzustimmen.

Ich möchte aber noch einen Grund anführen, warum ich diesem Antrag zustimme, obwohl ich mittlerweile der Überzeugung bin, dass die Summe darin zu niedrig ist. Wir

brauchen mehr Geld für politische Bildung. Wenn ich heute den Antrag schreiben würde, würde ich die Summe, die wir mit diesem Antrag gefordert haben, mindestens verdoppeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mein Abstimmungsverhalten damit begründen, was wir letzte Woche in diesem Haus in der Nacht von Donnerstag auf Freitag erlebt haben. Es war eine Sternstunde dieses Parlamentes.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es waren 16 Lehrstunden in parlamentarischer Demokratie. Es war eine Debatte, an der Rednerinnen und Redner aller Fraktionen, auch Ihrer Fraktion, beteiligt waren.

(Erwin Huber (CSU): Mein Gott! – Peter Winter (CSU): Wir waren da! – Thomas Kreuzer (CSU): Von Ihnen waren nur mehr zwei Drittel da, Herr Gehring! Wo waren Ihre Kollegen bei der Abstimmung? – Volkmar Halbleib (SPD): Hätten Sie sich doch an der Debatte beteiligt, Herr Kreuzer!)

Die Menschen draußen haben es sehr wohl wahrgenommen.

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Gehring hat noch das Wort, meine Damen und Herren!

Thomas Gehring (GRÜNE): Die Menschen draußen haben sehr wohl wahrgenommen, dass wir parlamentarische Arbeit ernst nehmen, dass es um etwas geht, wenn wir miteinander diskutieren, dass wir um die besten Lösungen ringen und dass das Parlamentarismus ausmacht. Deshalb war diese Nacht eine gute Nacht im Sinne politischer Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Die Entscheidung war gut.)

Deswegen möchte ich mein Abstimmungsverhalten mit einem Appell an Sie alle begründen: Tun Sie mehr für politische Bildung in unserem Land! Tun Sie mehr für Demokratieerziehung; denn sie ist heute wichtiger denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren! Herr Gehring, Sie haben zwar immer gesagt, Sie seien dieser Meinung, aber ich nehme an, es war eine Erklärung der Fraktion. Oder persönlich? Dann wäre es eine andere "Hausnummer" der Geschäftsordnung gewesen. – Macht nichts!

Meine Damen und Herren, wir fahren fort. Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14633 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen, bitte! – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen,

der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdrucks des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/14633, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13589 und 17/13590 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 05 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13606 mit 17/13620, 17/13473 mit 17/13495, 17/13538 mit 17/13563 sowie 17/13592 mit 17/13594 und 17/13596 mit 17/13598 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14632 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/13487 betreffend "Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke" in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.33 bis 16.36 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und unterbreche die Sitzung kurz.

(Unterbrechung von 16.37 bis 16.39 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich bitte wieder Platz zu nehmen, damit wir weitermachen können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zu dem Antrag der Abgeordneten Güller, Zacharias, Dr. Kränzlein und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke", Drucksache 17/13487, bekannt: Mit Ja haben 62 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86. Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 17/14632, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 15 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/14632, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13606 mit 17/13620 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 15 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: „Schule & wir“ in Papierform einstellen und nur noch als digitales Angebot bereitstellen
(Kap. 05 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/13359
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 17/13360
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fortbildungsmaßnahmen im Behindertensport
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 17/13361
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und -psychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 17/13362
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für den Ausbau von Ganztagsklassen
(Kap. 05 04 TG 68 – 69)
Drs. 17/13363
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 TG 90)
Drs. 17/13364
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrerfortbildung an beruflichen Schulen
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13365
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/13366
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/13367
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entlastung der Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen durch mehr Leitungszeit
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13368

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umsetzung der dritten Sportstunde in der 1. Jahrgangsstufe der Grundschule
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13369
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Plätze für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/13370
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/13371
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Schulpsychologie
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13372
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulische Inklusion
(Kap. 05 12 – 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 17/13373
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellen zur Beschulung von Flüchtlingen
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13374
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für den Auf- und Ausbau der gebundenen Ganztagschule
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13375
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/13376
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Übergangmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/13377
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sicherstellung des Pflichtunterrichts an beruflichen Schulen
(Kap. 05 15 – 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/13378
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau der erweiterten Schulleitung
(Kap. 05 15 – 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13379
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung und Optimierung der Realschule
(Kap. 05 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13380

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Personalkostenzuschüsse für kommunale Schulen erhöhen
(Kap. 05 03 TG 82 – 84)
Drs. 17/13457
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einstieg in die Digitalisierung der Schulen schaffen – Aus- und Fortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 77)
Drs. 17/13458
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. und SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einstieg in die Digitalisierung von Schulen schaffen – Sonderinvestitionsprogramm einrichten
(Kap. 05 04 TG 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13459
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13460
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Martin Güll u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an die Europäische Akademie in Bayern e.V. in München
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)
Drs. 17/13461
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13462
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit und Schulpsychologie
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/13463
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einrichtung von Clearingstellen zur passgenauen Zuteilung der jungen Flüchtlinge in die geeigneten Bildungseinrichtungen
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 428 14)
Drs. 17/13464
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitale Bildung an Bayerns Schulen stärken
(Kap. 05 12 – 05 19 neuer Tit.)
Drs. 17/13465
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sondermittel für traumatisierte Kinder und Jugendliche sofort bereitstellen
(Kap. 05 12 – 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/13466
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben.
Mehr Verwaltungskräfte für Bayerns Schulen
(Kap. 05 12 – 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/13467
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Förderschulen
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 17/13468
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Berufsschulen
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13469

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen
(Kap. 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/13470
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Realschulen
(Kap. 05 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13471
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Gymnasien
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13472
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulische Angebote zur Demokratieförderung
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/13517
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrkräfte für eine sichere Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen: 110-prozentige Lehrkräfteversorgung
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13518
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der schulischen Inklusion
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13519
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsentwicklung der Ganztagschulen forcieren
(Kap. 05 04 TG 68 – 69)
Drs. 17/13520
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrkräftefortbildung ausbauen für digitale Medien, Inklusion und individuelle Förderung
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13521
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Öffnungsklausel für Gemeinschaftsschulen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13522
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/13523
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13524
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse an die Europäische Akademie in Bayern e.V.
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)
Drs. 17/13525

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Politische Bildung stärken
(Kap. 05 05 TG 81 Tit. 684 06)
Drs. 17/13526
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/13527
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulverwaltung verschlanken
(Kap. 05 08 und 05 11
Tit. 422 01, 428 01 und 527 01)
Drs. 17/13528
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhalt kleiner Grundschulstandorte
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13529
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13530
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Integration: Unterrichtsangebote für Flüchtlinge beibehalten
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13531
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellen zur Konzeptentwicklung G8/G9
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13532

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke (Kap. 15 06 Tit. 686 05) (Drs. 17/13487)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	62	86	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an die Frauenakademie München e.V. (FAM)
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 17/13473
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Hochschule für Philosophie München
(Kap. 15 03 Tit. 686 24)
Drs. 17/13474
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 TG 90)
Drs. 17/13475
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 Tit. 633 73)
Drs. 17/13476
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/13477
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/13478
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Arbeitsgemeinschaft Mundarttheater Franken
(Kap. 15 05 Tit. 686 07)
Drs. 17/13479
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Linus Förster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/13480
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Karl-Amadeus-Hartmann-Gesellschaft e.V.
(Kap. 15 05 TG 75 neuer Tit.)
Drs. 17/13481
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 17/13482
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Staatliche Finanzierung eines Amateurtheaterpreises
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13483

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Bayern e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/13484
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/13485
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kulturfonds – Förderung von Maßnahmen der Kunst- und Kulturpflege aus dem Bereich Wissenschaft und Kunst
(Kap. 15 05 TG 70)
Drs. 17/13486
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/13487
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der wissenschaftlichen Bibliotheken
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 17/13488
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
Drs. 17/13489
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayer, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufbau eines Studienganges „Soziale Arbeit“ an der Hochschule Augsburg
(Kap. 15 35 Tit. 422 02 und Tit. 428 01)
Drs. 17/13490
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 17/13491
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Provenienzforschung
(Kap. 15 70 Tit. 428 01)
Drs. 17/13492
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern
(Kap. 15 74 TG 74)
Drs. 17/13493
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
Drs. 17/13494
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Provenienz in den nichtstaatlichen Museen
(Kap. 15 75 Tit. 428 77)
Drs. 17/13495

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/13538
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Jugendkunstschulen
(Kap. 15 05 Tit. 684 95)
Drs. 17/13539
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Richard-Wagner-Stiftung
(Kap. 15 05 Tit. 686 02)
Drs. 17/13540
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/13541
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für Verbände und Organisationen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 Tit. 686 07)
Drs. 17/13542
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für das Richard-Strauss-Festival
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/13543
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Förderung der Laien- und Volksmusik für den Bayerischen Trachtenverband
(Kap. 15 05 Tit. 686 80)
Drs. 17/13544
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Förderung der Trachten- und Heimatpflege für den Bayerischen Trachtenverband
(Kap. 15 05 Tit. 686 81)
Drs. 17/13545
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufstockung der Mittel für Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben der Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 TG 77)
Drs. 17/13546
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 17/13547
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für die Hofkapelle München
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13548
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Institutionelle Förderung für Karl-Amadeus-Hartmann-Gesellschaft e.V.
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13549

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für das Flugpioniermuseum Leutershausen
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13550
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13551
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13552
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stundenzuschüsse gerecht verteilen
(Kap. 15 06 TG 96)
Drs. 17/13553
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Hochschulausbildung der Hebammen
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 17/13554
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Professorenstellen: Stärkung der akademischen Lehre an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/13555
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Lehrbeauftragten: Ausgaben für Zwecke der Lehre im Fachbereich Musik an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/13556
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern
(Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/13557
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/13558
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Technikum und Medienkompetenzzentrum Ansbach
(Kap. 15 34 Anlage S neuer Tit.)
Drs. 17/13559
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für die Aufbauphase einer Fakultät für Sozialwesen an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Augsburg
(Kap. 15 35 neuer Tit.)
Drs. 17/13560
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Grundfinanzierung für bayerische Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 Tit. 547 78)
Drs. 17/13561

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Technischen Hochschulen (Kap. 15 49 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/13562
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren (Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 17/13563
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Soziale Verantwortung für Studierende wahrnehmen – Studierendenwerke stärken (Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/13592
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bauunterhalt für Hochschulgebäude anheben – Sanierungsbedarf vorbeugen (Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/13593
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen (Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 17/13594
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kein Einkauf von Versuchstieren (Kap. 15 09 Tit. 546 81)
Drs. 17/13596
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Kap. 15 49 TG 78)
Drs. 17/13597
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Interdisziplinäre Forschung für Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit – Wettbewerb für ein Interdisziplinäres Transformations- bzw. Nachhaltigkeitsforschungszentrum (Kap. 15 49 neue TG)
Drs. 17/13598